Nr. 489. 45. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 23. September 1916

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Vulkanpaß genommen.

Wiederaufleben der Somme-Schlacht. — 2 rumänische Divisionen bei Hermannstadt abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich der Somme hat die Schlacht von neuem begonnen. Nach dauernder Steigerung des Artilleriefeuers griffen die Franzosen die Linie Combles—Rancourt an. Sie hatten keinen Erfolg; ebenso wenig die Engländer, die bei Courcelette vorzudrechen versuchten. — Nachträglich ist gemeldet, daß in der Nacht zum 22. September englische Teilangriffe bei dem Gehöft Mouquet und bei Courcelette abgeschlagen wurden.

Wir haben im Luftkampf nördlich der Somme 11 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Korytnica scheiterten starke russische Angriffe.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Nördlich der Karpathen keine Veränderung.

In den Karpathen flauten die Kämpfe ab. Einzelne feindliche Vorstöße blieben erfolglos.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Beiderseits von Hermannstadt (Nagy Szeben) griffen etwa 2 rumänische Divisionen an. Sie wurden von unseren Sicherungsabteilungen unter sehr erheblichen blutigen Verlusten abgewiesen; bei Gegenstößen nahmen wir 3 Offiziere 526 Mann gefangen. Bei Szt. Janoshegy wurden die eigenen Postierungen nachts zurückgenommen.

Der Vulkan-Paß ist von uns genommen und gegen feindliche Wiedereroberungsversuche behauptet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

In der Dobrudscha sind rumänische Vorstöße in der Nähe der Donau und südwestlich von Topraisar abgeschlagen.

Mazedonische Front.

Vergebliche feindliche Angriffsversuche und stellenweise lebhafte Artillerietätigkeit. Das Gelände südlich der Belasica Planina bis zum Kruša Balkan ist vom Gegner geräumt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Das Ergebnis der Debatten im ungarischen Abgeordnetenhause.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

1. Budapest, 23. September.

Von Hohnrufen empfangen, von wildem Lärm umtobt, hat Ministerpräsident Graf Stefan Tisza vor drei Wochen den Sitzungssaal des ungarischen Parlaments betreten. Auf den ehernen Block seiner Partei gestützt, im Besitz des Vertrauens der ungarischen Krone hat er heute als Sieger seinen Gegnern gegenübergestanden. Geschlagen, wenn auch nicht besiegt sind die Führer der Opposition einer nach dem anderen an dem roten Ministerfauteuil vorbeigezogen. Vor dem Grafen Tisza standen der nervöse dünngelenkige Graf Julius Andrassy mit dem schmalen, silberumsponnenen Künstlerkopf, der hohe, machtvoll blickende Graf Albert Apponyi, der weltmännisch unbefangene, sanguinisch lebensfrohe Führer der katholischen Volkspartei, Graf Aladar Zichy, und Andrassys radikaler Schwiegersohn Graf Michael Karolyi mit dem blassen, hochmütigen Aristokratenkraniltz.

Man kann nicht behaupten, daß sich Graf Stefan Tisza den Kampf besonders leicht gemacht hat. Als habe er noch immer zu wenig Schwierigkeiten zu überwinden, hat er sich auch noch den Baron Burian und den Grafen Czernin auf den Rücken geladen, um sie durch den Ansturm seiner Gegner hindurchzutragen. In seiner herben, rücksichtslosen Art auch gegen sich selbst wirkt Graf Stefan Tisza nicht selten geradezu als Antidiplomat. Aber je weniger man ihn manchmal als Staatsmann verstehen und begreifen kann, um so mehr muß man dem Menschen Tisza Anerkennung zollen in seinem treuen Festhalten an alter politischer Freundschaft.

In einer Schlußdebatte von hohem politischen Gehalt ist dieser Kampf gegen den Grafen Tisza ausgeklungen. Noch einmal hat Graf Julius Andrassy alle seine Beweisgründe gegen die Regierung zusammengetragen. In einer formvollendeten Rede von seltener ethischer Tiefe hat Graf Albert Apponi, dieser leuchtendste Edelstein in der Krone des ungarischen Parlamentarismus, an die Mehrheit appelliert, sich nicht von parteipolitischen Erwägungen, sondern von den Notwendigkeiten des Landes leiten zu lassen, und in rasch und doch logisch zusammengehämmerten Sätzen hat Graf Tisza seinen Gegnern erwidert. Wenn man das reiche Material, daß das ungarische Abgeordnetenhaus in diesen Tagen behandelt hat, ordnen und sichten will, dann kann man es am ersten vielleicht in drei Gruppen teilen. In die Fragen, die sich auf das Verhältnis Ungarns zu Oesterreich beziehen, in die Fragen der auswärtigen Politik und in die Fragen, die die oberste Heeresleitung betreffen.

Bei den Debatten über das Verhältnis zu Oesterreich muß dem fremden Beschauer vor allem eins auffallen: die Art und Weise, wie das ganze Parlament geradezu krampfhaft jede „Einmischung in die Verhältnisse des Nachbarstaates Oesterreich" zu vermeiden sucht. Es wäre ausgeschlossen, im ungarischen Abgeordnetenhaus über österreichische Verhältnisse etwa in so eingehender Weise zu debattieren, wie bayerische Verhältnisse im preußischen Abgeordnetenhaus oder preußische Einrichtungen im bayerischen Reichsrat schon erörtert worden sind. Das entspricht nicht etwa einer vollständigen Uninteressiertheit am Schicksal des „Nachbarstaates". Denn es hat in Ungarn noch nie überzeugtere Anhänger des Dualismus gegeben, als gerade heute, sondern aus der tiefwurzelnden Befürchtung, Oesterreich könnte aus einer Besprechung österreichischer Verhältnisse im ungarischen Abgeordnetenhaus für sich das Recht ableiten, sich nun seinerseits in die Verhältnisse Ungarns einzumischen. Man mag diese Befürchtungen übertrieben finden, aber man muß versuchen, sie historisch aus den schweren Kämpfen zu verstehen, unter denen Ungarn seine staatliche Selbständigkeit errungen hat. Wollte heute jemand versuchen, diese geschichtliche Entwicklung wieder zurückzuschrauben, er würde auf Granit beißen. Er würde Volk und Adel, Protestanten und Katholiken geschlossen gegen sich stehen sehen. In dieser Frage gibt es keinen Gegensatz zwischen den Parteien, keine Spannung zwischen Regierung und Opposition. Selbst den Antrag des Grafen Apponi, der ganz ohne Frage eine Erweiterung der staatlichen Selbständigkeit Ungarns bedeutet, da er die gemeinsamen Minister des Aeußern, Krieges und Finanzen verpflichten soll, auch im ungarischen Parlament und nicht nur vor dem Parlamentsausschuß der Delegationen zu erscheinen, hat Graf Tisza nicht grundsätzlich zurückgewiesen. Er hat nur die Tertierung der Forderung des Grafen Apponi bemängelt und gegenwärtigen Zeitpunkt als wenig geeignet bezeichnet, staatsrechtliche Kontroversen aufzuwerfen. Nach der Ueberzeugung der gesamten Nation aber muß auch die vom Grafen Apponi angeregte Frage gar nicht mit Oesterreich verhandelt werden, ebensowenig wie jede andere Frage verfassungsrechtlicher Natur. Denn das Ausgleichsgesetz ist nach der fast einstimmigen Ansicht des Landes gar nicht das Produkt einer Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Ungarn, sondern ein Pakt des Königs mit der ungarischen Nation, und in dieser Debatte gab es mehr

Verhandlungen über die Heimkehr des 4. griechischen Armeekorps.

Vorläufige Ueberführung nach der Schweiz.

Berlin, 23. September. (W. T. B.)

Der griechische Gesandte hat in mündlicher, vertrauensvoller Aussprache mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu erkennen gegeben, daß es seiner Regierung lieb wäre, wenn die nach Deutschland überführten griechischen Truppen bald nach der Schweiz geleitet würden, um von dort auf einem noch zu vereinbarenden Wege nach Griechenland befördert zu werden. Im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung hat der Staatssekretär dem Gesandten erwidert, daß Deutschland die griechischen Truppen in loyaler Beobachtung der mit ihrem Befehlshaber getroffenen Vereinbarung lediglich als Gäste betrachte und daher grundsätzlich gern bereit sei, dem Wunsche der griechischen Regierung entgegenzukommen. Wir müßten jedoch tatsächliche und wirksame Sicherheiten dafür erhalten, daß die in den deutschen Schutz aufgenommenen Truppen von der Entente nicht unterwegs ihrem Vaterlande entzogen oder für ihre neutralitätstreue Gesinnung und Betätigung gestraft würden.

*

Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Regierung dem Wunsche des Königs Konstantin, wenn die Interessen der deutschen Kriegführung gewahrt bleiben, Rechnung trägt. Der General Chazopulos und die ihm anvertrauten Truppen sind unsere Gäste, und wenn ihr oberster Befehlshaber, der König, keinen Grund mehr sieht, von dieser Gastfreundschaft Gebrauch zu machen, so ist es nicht unsere Sache, dem Widerstand entgegenzusetzen. Die Ueberführung des Armeekorps geschah, wie bekannt, im Interesse des Korps selbst und zugleich im Interesse der in dem Korpsbezirk in Ostmazedonien stehenden deutsch-bulgarischen Truppen. Für das Korps bestand die Gefahr der Aushungerung und der Bedrängung durch Machenschaften der Entente, die diesem Heeresteil das gleiche Schicksal zu bereiten drohte, wie der in Saloniki entwaffneten Division. Für die Okkupationsarmee in Ostmazedonien schuf natürlich das Verweilen eines griechischen Korps hinter seiner Front, mochte es auch Gewehr bei Fuß stehen, ebenfalls eine Lage, die dauernd nicht bestehen bleiben konnte. Durch die mit dem griechischen Oberbefehlshaber getroffene Vereinbarung kamen die Interessen beider Teile in glücklicher Weise auf ihre Rechnung. Bei den Verhandlungen, zu denen die Mitteilung des Gesandten Theotokys nunmehr Anlaß gibt, bleibt für uns die Tatsache maßgebend, daß wir der griechischen Truppe Schutz und Gastrecht gewährt haben. Diese Tatsache verpflichtet uns zur Stellung der erwähnten Bedingungen. Wir können unsere Zustimmung zu der Heimschaffung unserer Gäste und Schutzbefohlenen nur geben wenn wir Sicherheiten dafür haben, daß sie nicht von der Entente aufgegriffen, nicht nach einem von ihr bestimmten Ziele gebracht und bestraft, und daß sie nicht von der Entente zu einem Verhalten gezwungen werden, das mit der von ihnen mannhaft festgehaltenen Treue zum König in Widerspruch steht. Die Feststellung dieser Sicherheiten ist der Gegenstand der Verhandlungen, die jetzt zwischen den Kabinetten von Berlin und Athen in vertrauensvollem Geiste geführt werden. Es braucht nicht erst versichert zu werden, daß auf deutscher Seite der Wunsch besteht, soweit es unsere Interessen gestatten, alles zu tun, was den berechtigten Empfindungen des griechischen Königs und des griechischen Volkes Rechnung trägt.

Die Berichte der feindlichen Heeresleitungen.

Französischer Bericht vom 22. September, nachmittags. Nördlich der Somme unternahmen die Deutschen heute morgen einen starken Angriff gegen die neuen französischen Stellungen zwischen dem Gehöft Le Priez und Rancourt. Sperrfeuer hielt die Sturmwellen glatt an, welche, nach ernsten Verlusten, in ihre Schützengräben zurückkehren mußten. Ueberall sonst verlief die Nacht ruhig.

Orientarmee. An der Strumafront in der Gegend des Dojransees, der gewöhnliche Artilleriekampf. Zwischen Mardar und Cerna scheiterte ein heftiger bulgarischer Angriff gegen Horsto. In der Gegend von Brod (?) setzen die Serben ihren Vormarsch fort. Sie erreichten die Umgebung von Vrbeni. Etwa hundert Gefangene blieben in unserer Hand. Nördlich von Florina wurde ein feindlicher Angriff durch das Feuer der französischen Infanterie gebrochen. Unsere Truppen säuberten das ganze Gelände nordwestlich von Armensko und drangen nach harten Kämpfen auf den, die Straße von Florina nach Popli beherrschenden Höhen vor. Nebel behinderte die Operationen auf der ganzen Front.

Französischer Bericht vom 22. September abends: Nördlich der Somme haben wir im Laufe des Tages zwei Einzeloperationen ausgeführt. Am Zugang von Combles bemächtigte sich eine unserer Kompagnien durch einen glänzend durchgeführten Handstreich eines alleinstehenden, vom Feinde zur Verteidigung eingerichteten Hauses und machte dort ungefähr 100 Deutsche zu Gefangenen, darunter 3 Offiziere. Weiter östlich haben wir mehrere Schützengrabenstücke genommen und ungefähr 40 Gefangene gemacht. Südlich Rancourt mißglückte ein Versuch des Feindes, aus seinen Schützengräben herauszukommen, unter unserem Sperrfeuer.

Nach neuen Feststellungen beträgt die Gesamtzahl der an der Somme durch französische und englische Truppen seit dem 1. Juli, dem Tage der Offensive, bis zum 18. September gemachten Gefangenen mehr als 55 800. Davon sind 34 050 von den französischen Truppen gefangen genommen worden. Auf dem Rest der Front die übliche Kanonade.

Englischer Bericht vom 22. September, nachmittags: Südlich von der Ancre kamen wir auf einer ungefähr eine Meile langen Front vorwärts, indem wir zwei Linien feindlicher Laufgräben vor Martinpuich eroberten. Unsere Front zwischen Flers und Martinpuich nördlich Flers—Martinpuich verläuft ungefähr in direkter Linie nördlich Flers—Martinpuich. Südlich von Arras drangen wir mit Erfolg in die feindlichen Laufgräben ein, machten Gefangene und vernichteten dem Feinde zahlreiche Werkzeuge.

Englischer Heeresbericht vom 22. September abends: Starke gegenseitige Kanonade. Vereinzelte Aktionen ergaben eine Verbesserung unserer Stellung. Wir stoßen Abteilungen in verschiedenen Richtungen vor.

Eine Wahlniederlage der Ententefreunde in New-York.

Bei den Vorwahlen im Staate New-York für den Senat in Washington bekam der „Neutrale" William Colden die Mehrheit gegenüber dem Ententefreund Robert Bacon. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" sagt: Dies ist ohne Zweifel ein bedeutender Sieg für die „Prodeutschen" im Staate New-York. Die Stimmen der Iren, die in der Union größtenteils engländerfeindlich gesinnt sind, haben angeblich zu diesem Sieg beigetragen.

als einen Hinweis darauf, daß Ungarn felsenfest entschlossen ist, das Gebäude seiner staatlichen Selbständigkeit nach dem Kriege weiter auszubauen.

Weniger einig waren Graf Tisza und die Opposition in der Beurteilung der auswärtigen Fragen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß hier die Stellung des Grafen Tisza außerordentlich schwach war. Es fiel ihm zwar nicht schwer, die Anklagen des Grafen Andrassy in der italienischen Frage zurückzuweisen, nach denen man den einstigen Dreibundgenossen die bekannten Anträge nicht rechtzeitig und nicht vertrauenerweckend genug unterbreitet habe. Aber in der rumänischen Frage bedeutete die Verteidigung des Baron Burian zweifellos eine schwere Last für den Ministerpräsidenten. Immer wieder konnte Graf Andrassy auf die wunde Stelle der Politik der Zentralmächte gegenüber Rumänien, auf den Mangel an Initiative hinweisen, der die rumänische Gefahr zur vollen Größe heranreifen ließ, ohne rechtzeitig eine Klärung der Lage herbeizuführen oder wenigstens die notwendigen militärischen Vorkehrungen zu treffen, nachdem man den günstigen Augenblick, Rumänien wieder auf die Seite seiner Bundesgenossen von 1884 zu ziehen, hatte vorübergehen lassen. Auch Graf Tisza mußte zugeben, daß man sich über den Augenblick des rumänischen Angriffs hatte irreführen lassen. Aber im rechten Augenblick kamen dem Ministerpräsidenten die Bulgaren in der Dobrudscha zu Hilfe.

Für die Maßregeln der obersten Heeresleitung konnte sich Graf Tisza schon verfassungsmäßig weit weniger verantwortlich fühlen, und so hielt er sich auch nicht für berufen, begangene Fehler mit dem gleichen Nachdruck zu vertreten wie den Baron Burian. Nur gewissen Aeußerungen des Grafen Michael Karolyi, über die hier bereits ausführlich berichtet wurde, ist Graf Tisza eingehender entgegengetreten. Auch die Grafen Andrassy und Apponyi haben sich den Bedenken des Grafen Karolyi wegen der Uebernahme des Oberkommandos über einen großen Teil der österreichisch-ungarischen Truppen durch die deutsche Heeresleitung nicht zu eigen gemacht. Und mit welcher glaubensvollen Zuversicht das ungarische Volk auf Hindenburg blickt, das zeigt die Ueberschrift, die „Az Est“ der Nachricht von der Ernennung Hindenburgs zum Führer der österreichisch-ungarischen Truppen gegeben hat: „Unser Vater Hindenburg.“

Ein unmittelbares Ergebnis hat, wie es ja hier vorausgesehen wurde, die große Debatte über die auswärtige Politik und die militärische Lage der Monarchie nicht gehabt. Dennoch wird man darin verlangen, daß man jedes Werk prüft, zu dem er selbst sich bekannt hat. Für eine Volksbühne bringt das sehr jugendliche Religions- und Charakterdrama allerdings die schwierigsten Bedingungen mit. Dieses Gespinst läßt sich auch von der sorglichsten Regiehand nicht ganz entwirren, und der Stoff ist durch keine Aufführung fest vor uns einzupflanzen. Trotz geschickten Zusammenziehungen gelang das auch gestern nicht. Die Tragödie wird ein harter Bissen für jeden Theaterbesucher bleiben, vollends für diejenigen, die das schöne Haus am Bülowplatz sich erbaut haben. Für Experimente auch hochkünstlerischer Art ist hier nicht die Stätte.

Strindberg hat noch in späteren Zeiten an diesem Werk seines dreiundzwanzigsten Lebensjahres sehr gehangen. Er hat mit gereiztem Humor davon erzählt, wie man in Stockholm seine Arbeit ablehnte, weil solche Stücke in Versen geschrieben sein müßten, wie er das Schauspiel dann zum Teil verstümmelte, um noch sieben Jahren zu hören, daß Verse inzwischen unbeliebt geworden seien. Aber es gab gewiß andere Gründe, warum man das Schauspiel in seiner Heimat ablehnte; sonst hätte man ja nach jenen sieben Jahren die erste Prosafassung aufführen können, dieselbe die wir gestern in Scherings nicht immer glücklicher Uebersetzung zu hören bekamen. Auch darüber hat sich Strindberg selbst geäußert. Man verdachte es ihm, daß er zwei Nationalhelden ohne Respekt behandelt habe, den König Gustav Wasa und den Meister Olaf selbst, den schwedischen Luther und Bibelübersetzer. Den König zeigt er als geschmeidigen Opportunisten und harten Selbstsüchtling, und Gustav Eriksson Wasa war wohl mehr ein vorsichtiger Politiker, der auch die Reformationsbewegung in seine weiterschauenden Pläne einspannte. Dem Reformator selbst aber gibt Strindberg neben der Menschenhoheit auch Menschenschwäche, und auch damit verstößt er gegen die Ueberlieferung, wie sie allmählich herangewachsen und nun unausrottbar ist. Denn wenn einer erst in Bronze gegossen ist, darf er nur noch Hesos sein, und Olafs Denkmal steht auf dem Schloßflügel zu Stockholm vor der Storkyrkan, vor der Kirche, in der er gepredigt hat. Seine Lehre ist allen Schweden geheiligt; 99 Prozent der Bevölkerung sind, mit vielen Schattierungen im einzelnen, auf sie eingeschworen.

Aber das geht uns alles wenig an. Uns erfreut sogar, daß bereits der dreiundzwanzigjährige Strindberg sich vom „Notpfad“ nicht binden ließ, und wir fragen nur, wie weit die Respektlosigkeit zum Kunstwert gediehen ist. Strindbergs „Meister Olaf“ ist bewußt unter dem Einfluß Shakespeares geschrieben: grobes Tatsachenereignis mit mehreren historischen Gestalten, an denen sich die freie dichterische Gestaltungskraft versucht, in den Nebenräumen der Handlung eine Menge Volks, dem sich gesunde und derbe Wahrheiten in den Mund legen lassen, Wechsel von Gala- und Lumpenszenen, von Hof und Kneipe, unbekümmerte Aenderung des Schauplatzes. Nach diesem Muster, das für dramatechnisch Unbeholfene recht bequem ist, hat Strindberg dann noch manchmal historische Dramen geschrieben. Viel starkes, wenn auch nicht sein stärkstes, ist ihm dabei gediehen. Er hat dabei die verschiedensten Standpunkte abgenommen und sich immer wie neugeboren mit dem [illegible] des Glaubens auseinandergesetzt, aber sein Vorbild für die Gestaltung des Historisch-Dramatischen hat er nicht erreicht. Die besondere Leuchtkraft Shakespeares, die Größe der Figurenzeichnung, die Inbrunst der lyrischen Stimmungen, die Farbigkeit des Volkshumors sind ihm nicht beschieden gewesen. Seine eigentliche Kraft wird aus anderen Brunnen gespeist.

Jene Vorzüge sind es ja, die uns manche Breite und Weite Shakespearischer Historien leicht ertragen lassen. Des jungen Strindberg Flügel sind nicht stark genug, um ihn und uns über den Stoff hinauszutragen. Wir erleben nicht viel mehr als szenisch eingeteilte Buchweisheit, wenn wir sehen, wie der junge Magister und Lutherschüler Olaf, im Grunde eine beschauliche Natur, durch den wiedertäuferisch-fanatischen Buchdrucker Gerdt für den Kampf des neuen Geistes gewonnen und durch das herrschsüchtige und eigennützige Treiben der Pfaffen weiter und weiter getrieben wird. Eine Ueberzahl von Gestalten tritt auf, um uns immer noch einmal zu sagen, daß die Bewegung notwendig war, daß auch in Schweden wie überall einem neuen Zeitalter der Weg bereitet werden mußte. Wir erleben viele Kabalen mit, man verschollt uns nicht mit Bilderstürmerei und anderen lärmenden Kundgebungen, die auf der Bühne, wenn unsere Empfindung unerregt bleibt, so leicht zur leeren Theatralik werden.

So flüchten wir nur zu gern in die stilleren Szenen und empfangen hier das Maß von Freude, das überhaupt erzeugt werden kann. Es sind die Frauengestalten, die uns fesseln. Wenn Strindberg das Frauenthema anfaßt, hat er uns immer. Auch hier — und hier besonders, weil wir beobachten können, wie sehr sich der junge Strindberg von äußeren unterscheid. Die Gestalt einer Dirne deutet auf eine vorzeihende Duldsamkeit, die der Dichter damals noch mit dem Stifter der christlichen Kirche teilte, und Meister Olaf selbst beginnt erst dann uns näher zu berühren, wenn er als Liebender und als Sohn seine öffentliche Erscheinung mit seiner ganz persönlichen durchdringt. Diese drei Frauen, die Dirne, dann Gerdts Tochter Christine, die gegen den Willen der Kirche Olafs Frau wird, und schließlich Olafs Mutter, sind anfangshaft hart und überdeutlich gezeichnet, aber die erste in ihrer Magdalenenreue, die zweite in ihrer selbstlosen Liebe, die dritte in der Unentwegtheit ihrer kirchenfrommen Ueberzeugung sind immerhin stark gesehen. So einfach, so frei von Galle und ohne giftgetränkte Sonde ging der Jüngling Strindberg an Frauenseelen heran. Nicht zuletzt auch aus dieser privaten Unwelt bahnt sich dann an, daß Olaf, der Revolutionär gegen Kirche und König, eine halbe Umkehr des Schicksals. Daß die Mutter in Fluch und Unfrieden von ihm geschieden ist, drückt ihn schwer, und man hält ihm vor, daß er den Kinderglauben seines jungen Weibes zertrümmert habe. Mit diesen und manchen anderen Argumenten bewogt man den schon zum Tode Verurteilten und Bereiten, leben zu bleiben. Er wird nicht gerade zum „Abtrünnigen“, wie ihm vorgeworfen wird. Er geht nur aus der umstürzenden Obstruktion in die getreue Opposition, aus dem Verneinen in das Mitarbeiten über. Noch immer unfähig, eine Sünde an der alten Ordnung zu sein, wird er bemüht bleiben, die Stütze eines neuen zu werden. Das kommt noch heute und gerade heute vor. Es fallen dem Hörer Namen ein, die um das Jahr 1500 noch nicht bekannt waren.

Aber ein großer Dramenschluß ergibt sich nicht daraus, beinah erst ein Dramenanfang. Das große Drama verlangt in seine Spitze ein radikales Ja oder Nein. Ein Ja und Nein ist zuviel und zu wenig. Daß ein Held dieser Art leben bleibt, mag geschichtlich zutreffen, mag auch psychologisch seine Richtigkeit haben: dramatisch wirkt es stumpf. Das wissen andere Dichter, und darum sind sie grausam genug, ihre Helden im letzten Akt sterben zu lassen. In der dramatischen Kunst gibt es nun einmal keine Kraft, die entscheidender sühnt und endgültiger verzeiht, als der Tod. Mit einem Helden aus der Weltgeschichte, der seine entscheidenden Lebenstaten lungen überdauert und sie nicht mit dem Tode beendet und verklärt ist, bedarf nur wenig anzufangen. Das verstand gerade Shakespeare sehr gut, und Schiller hätte nicht gewußt, wo er mit seinem problematischen Wallenstein bleiben sollte, wenn der Oberst Buttler ihm nicht den Gefallen getan und das geschichtliche Original aus dieser Welt durch einen raschen Stoß befreit hätte.

Das Jugendwerk Strindbergs.

„Meister Olaf“ in der Volksbühne.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

Die Friedensbedingungen der französischen Sozialisten.

Mit allen gegen 3 Stimmen.

Paris, 23. September.

Die parlamentarische Gruppe der unifizierten Sozialisten hat einstimmig mit Ausnahme von Blanc, Brizon und Raffin-Dugens eine Erklärung angenommen, die bei der Diskussion über die vorläufigen Kredite verlesen werden soll. Die Erklärung erinnert daran, daß die unifizierten Sozialisten am 4. August 1914 für die Kredite gestimmt hätten, um Frankreich gegen einen tückischen Angriff zu schützen und zu verteidigen. Sie würden auch heute dafür stimmen, weil das angegriffene Frankreich seine Unabhängigkeit sichern und Europa vor jeder Bedrohung mit einer Hegemonie bewahren müsse. Trotz zufälliger unbedeutender individueller Meinungsverschiedenheiten, die nur ihre Urheber binde, stimme die Partei weiter darin überein, zu erklären, daß nichtein Sozialist einen Frieden annehmen könnte, der Frankreich verstümmelt oder verkleinert ließe. „Wir werden daher,“ heißt es in der Erklärung weiter, „für den Kredit stimmen, denn wir sind zu allen Anstrengungen bereit, um die territoriale Integrität Frankreichs zu sichern und für Elsaß-Lothringen die Wiederherstellung des 1871 zertretenen Rechts sicherzustellen, um die vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und Serbiens zu sichern und um die Gewißheit eines dauerhaften Friedens zu erlangen.“ Die Erklärung schließt: „Es hängt von den Regierungen der Alliierten ab, die Stunde dieses Friedens des Rechts zu beschleunigen, ebenso sehr durch eine kräftige und zusammenarbeitende Führung ihrer militärischen Aktion wie durch eine diplomatische Aktion von völliger Klarheit, indem sie dafür sorgen, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Bedingungen zu lenken, welche die Unabhängigkeit der Nationen sichern und eine Organisation der internationalen Gerechtigkeit vorbereiten werden.“ (Aus Anlaß der von den Sozialisten Costadour und Brizon in der Kammer gehaltenen Reden haben wir in unserer Donnerstag-Abendnummer gesagt, daß nur vier Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion es ablehnten, der Regierung zu folgen, und die sofortige Beendigung des Krieges forderten. Einer von diesen vier Deputierten Costadour, scheint jetzt für die Fraktionserklärung gestimmt oder sich der Abstimmung enthalten zu haben. Die anderen drei sind die sogenannten „Zimmerwaldianer“ — die Deputierten, die an den internationalen Besprechungen in Zimmerwald und Kienthal teilgenommen und sich dort auch mit deutschen Sozialisten getroffen haben. In der sozialistischen Erklärung wird für Elsaß-Lothringen die Wiederherstellung des 1871 zertrümmerten Rechts“ gefordert. Nach den früheren Erklärungen ist den Sozialisten von der nationalistischen und rechtsrepublikanischen Presse gewöhnlich vorgeworfen worden, daß darin die Forderung nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens nicht klar genug formuliert sei. Vor allem wurde von den Nationalisten gerügt, daß die Sozialisten das Schicksal Elsaß-Lothringens von einer Abstimmung in der Bevölkerung abhängig machen wollten. Der Hinweis auf eine solche Volksbefragung fehlt in der jetzt angenommenen sozialistischen Erklärung, die im übrigen die früher aufgestellten „Bedingungen“ wiederholt. Die Redaktion.)

Der erste jüdische General in der englischen Armee.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 23. September.

Die englische Armee hat infolge der Beförderung des Obersten John Monash zum Generalmajor ihren ersten jüdischen General. „Manchester Guardian“ sagt: Es hat wohl schon mehr Generale jüdischer Herkunft gegeben, aber keine Jude, der Jude geblieben war, ist noch General gewesen.

(Die Angabe des „Manchester Guardian“ trifft zu, soweit sie England betrifft. Der erste jüdische General, den es außerhalb Englands gab, ist aus dem Jahre 1812 bekannt und er stand sogar gegen England im Felde: es war der amerikanische Brigadegeneral Joseph Bloomfield. Auch der Kommandant des Hafens von New-York ist in jener Zeit, Colonel Nathan Meyers, war ein Jude. In den amerikanischen Sezessionskriegen (1861 bis 1864) kämpften auf beiden Seiten etwa 8000 Juden; unter ihnen waren 658 Offiziere, von denen neun den Generalsgang erwarben. Später gab es dann, bis in die Gegenwärtige Kriegszeit, zahlreiche jüdische Generale, in Holland, Italien und in anderen Ländern. Die Redaktion.)

Von der inneren Krise.

Weitere Preßäußerungen.

Je länger die Treibereien gegen den Reichskanzler dauern, um so deutlicher tritt zutage, daß hinter ihr nur ein zwar sehr rühriger, aber doch recht kleiner Teil der Presse steht, der seinerseits auch wieder nur durch eine Minderheit des Reichstags gedeckt wird. Dabei handelt es sich natürlich nicht etwa darum, daß den Angreifern das Wort verboten werden sollte. Die „Tägliche Rundschau“ stößt offene Türen ein, wenn sie aus unserem völlig objektiven Hinweis auf den Brief des Herrn Körting an Bassermann „verfassungswidrige Anwandlungen“ herauslieſt und sich dagegen in folgender Weise ereifert:

„Seit wann hat denn ein deutscher Reichsbürger nicht mehr das Recht, einem deutschen Volksvertreter seine politischen Schmerzen und Wünsche vorzutragen? Wenn wir die deutsche Reichsverfassung recht verstehen, so sind die Volksvertreter dazu da, um solche Schmerzen und Wünsche zur Kenntnis zu nehmen und nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten oder nicht zu vertreten. Hat Herr Körting in seinem Briefe geschrieben, der Reichskanzler habe gelogen oder silberne Löffel gestohlen, dann finden wir jeden Grad von Entrüstung begreiflich und am Platz. Hat er aber nur dargelegt, daß ihm die Politik des Kanzlers auf keine Weise gefällt und daß er es für nicht ausgeschlossen hält, demgemäß den Kanzler aufträte, so übt er als Staatsbürger ein unbestreitbares Recht aus.“

Wir können von unserem Standpunkt nur wünschen, daß die nationalistische Presse immer so entschieden für die staatsbürgerlichen Rechte eintreten möchte, wie in diesem Falle. Aber die selbstverständliche Respektierung der freien Meinung hindert doch nicht, die Beweggründe der Kanzlergegner etwas näher zu prüfen. Und da will es uns scheinen, als sei der ganze Unterseebootfrieg nur vorgeschoben, um andere politische Ziele zu verdecken. Aehnlicher Meinung ist der „Vorwärts“, der seine Beurteilung der Krise dahin formuliert:

„Während im Lande wie auf Kommando ein Resolutionskrieg mit scharf zugespitzten Forderungen einsetzt, wird in den Hauptstädten der Fronde, München und Berlin, der Kampf mit anderen Mitteln eingeleitet. In der Sache handelt es sich um eine bestimmte Politik, die, koste es was es wolle, durchgesetzt werden soll. Der Form nach gilt der Kampf bestimmten Personen, die man entweder dem Willen der „Unentwegten“ gefügig machen oder — stürzen will.“

Der „Vorwärts“ erwartet dann weiter von den kommenden Reichstagsverhandlungen, daß sie gründlich hineinleuchten werden in das Treiben unserer „Staatserhaltenden“, die zwar stets bei der Hand sind, unter Hinweis auf den „Burgfrieden“ jede Regung der Demokratie zu unterdrücken, die aber nicht die geringsten Bedenken tragen, in Interesse ihrer Ziele die heftigsten Stürme und Wirren im Innern zu entfesseln.“ Ueber die Stellung des Zentrums zu den nationalistischen Treibereien haben wir bereits eine Aeußerung der „Germania“ angeführt. Es sei noch einiges von dem hinzugefügt, was Dr. Julius Bachem im „Tag“ zur Zentrumsstimmung sagt:

„Ich weiß sehr wohl, daß nicht nur in der konservativen und der nationalliberalen Partei jene Fronde besteht, sondern daß auch gewisse Kreise der Zentrumspartei der gegenwärtigen verantwortlichen Reichsleitung nicht nur skeptisch, sondern geradezu abgeneigt gegenüberstehen — im Gegensatz allerdings zu der Reichstagsfraktion des Zentrums, welche eine ganz andere, viel mehr vorbildliche Haltung eingenommen hat. Besonders scheint in Süddeutschland, in erster Reihe in Bayern, in gewissen Kreisen viel Verstimmung gegen den Reichskanzler zu herrschen. Ein bayerisches Zentrumsblatt hat nun neuerdings bei den bezüglichen Auseinandersetzungen die Stellung der Zentrumspartei, gewissermaßen ausgleichend, auf die Formel bringen zu können geglaubt: „Nicht stürzen, aber auch nicht stützen!“

Im Gegensatz zu diesen Kreisen ist Dr. Bachem der Meinung, daß ein Sturz des Kanzlers im gegenwärtigen Augenblick letzten Grundes nichts anderes als eine leichtfertig heraufbeschworene Verlängerung des Krieges bedeuten würde. Er schließt:

„Dabei bleibt ganz außer Betracht, ob eine Koalition der Malkontenten Aberhaupt einen Wechsel in der Reichsleitung herbeizuführen imstande wäre. Wer ein wenig unterrichtet ist, weiß, daß zurzeit eine völlige Einigkeit der beim Kaiser zur Seite stehenden maßgebenden Persönlichkeiten besteht. Diese Einigkeit ist zweifellos ein Element der Stärke und eine Gewähr des endlichen Erfolges in den Europa erschütternden Kriegen. Freuen wir uns ihrer, lassen wir alles beiseite und halten wir alles zurück, was sie in der Volksstimmung zu gefährden oder zu beeinträchtigen geeignet sein könnte. Was wir nach

wie vor vor allem brauchen, ist Einheit und Vertrauen. Alles Weitere wird sich seinerzeit finden."

Wir nehmen an, daß diese Auffassung der gegenwärtigen Lage zutrifft.

Die Frage der Neuorientierung.

Nationalliberale Forderungen.

Gleich uns halten auch die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten" die Zeit für gekommen, in der der Reichskanzler endlich aus seiner Reserve in bezug auf die innerpolitische Neuorientierung, die er dem deutschen Volk versprochen hat, heraustreten muß. Der Gedanke, einen ständigen Vertrauensausschuß des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten zu schaffen, falle bereits in den Rahmen der Neuorientierung.

„Das verheißungsvolle Schlagwort", fährt das Blatt fort, „sollte nun endlich vom Reichskanzler mit Inhalt und Leben erfüllt werden. Die Reform des preußischen Wahlrechts, an die man dabei zunächst zu denken pflegt, gehört formell nicht zur Zuständigkeit des Reichstags. Und doch hat auch das Reich ein großes eigenes Interesse daran. Da der Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident, die Staatssekretäre zum großen Teil preußische Minister sind und Preußen als der größte und führende Bundesstaat im Bundesrat die Richtung der Politik angibt, ist es auf die Dauer nicht möglich, im Reiche freiheitlich und fortschrittlich, nach dem Willen des Volkes zu regieren, während in Preußen die Politik durch die hemmenden Sonderinteressen einer auf ererbte Vorrechte pochenden Minderheit bestimmt wird. Aber mit der Einführung eines zeitgemäßen, gerechten Wahlrechts in Preußen kann sich die Neuorientierung unmöglich erschöpfen. Auch im Reiche selbst muß das Mitbestimmungsrecht des Volkes erweitert und verstärkt werden. Schon vorhandene freiheitliche Einrichtungen müssen mit neuem Geist erfüllt und zu voller Lebensentfaltung gebracht werden, und neue müssen hinzukommen. Damit bis zur Beendigung des Krieges zu warten, liegt kein stichhaltiger Grund vor. Doppelt gibt, wer schnell gibt. Wenn der Reichskanzler jetzt vor dem Reichstage sein Programm der Neuorientierung entwickelte und mit dessen Ausführung alsbald begönne, würde das viel dazu beitragen, die Opferfreudigkeit des Volkes und seine Geduld im Ausharren zu stärken."

Das sind Gedankengänge, die wir schon seit längerer Zeit im „Berliner Tageblatt" vertreten haben. Wenn sich jetzt auch weitere Kreise der Nationalliberalen dazu bekehren, so dürfte, da Zentrum und Sozialdemokratie, nach verschiedenen Verlautbarungen zu urteilen, auf einem ähnlichen Standpunkt stehen, die Reichsregierung eine starke Mehrheit im Reichstage hinter sich haben, wenn sie schon jetzt, noch während des Krieges, mit ihren innerpolitischen Absichten an die Oeffentlichkeit tritt. Der Einwand, daß das nur das deutsche Volk politisch zerklüften würde, ist nicht mehr stichhaltig, nachdem die alldeutsch-konservativen Elemente durch ihre fortgesetzten Treibereien gegen den Kanzler die Einmütigkeit des deutschen Volkes gründlich untergraben haben. Herr v. Bethmann Hollweg aber würde sich, wie wir erst in unserer heutigen Morgenausgabe schrieben, gerade durch eine Klärung der Frage der innerpolitischen Neuorientierung das Vertrauen des Volkes, das er in dieser Stunde braucht, am besten sichern können.

„Klubsessel mit Fixum."

Abbau des Staatssozialismus.

Die „Westfälischen Politischen Nachrichten", das Organ der Schwerindustrie des Westens, widmen der Kriegswirtschaft einen kritischen Artikel und knüpfen dabei an den witzigen Ausspruch des Herrn v. Oldenburg-Januschau: „Man mietet eine Etage, kauft Klubsessel und läßt sich photographieren!" an.

„Als die Kriegs-G.-m.-b.-H.-Wirtschaft losging," schreiben sie, „wurde der Grundsatz verkündet, die Volksversorgung im Kriege sei patriotische Ehrenaufgabe, an deren Lösung nicht verdient werden dürfte. Man schaltete also das Privatinteresse des Vermittlers aus und ließ sie nicht vom Ertrag ihrer Leistung verdienen, sondern bedachte sie mit hohem festen Gehalt oder mit unwahrscheinlichen „Tagegeldern". Der Kaufmann wurde zum Beamten gestempelt, aus seinem freien, individualwirtschaftlichen Lebenselement herausgezogen und auf eine ganz neue, ihm höchst ungewohnte Grundlage gestellt. Diese „Disinteressierung" an der Arbeit hat sich je länger je mehr als ein Fehlgriff erwiesen. Wir sind viel zu tief hineingeraten in die Beamtenwirtschaft des Staatssozialismus und müssen uns beeilen, wieder freieren Bewegungsraum zu schaffen. Es wird viel zu viel reglementiert an der Güterverteilung und viel zu wenig Spielraum gelassen für das freie Organisieren der Güter gewinnung. Der Händler ist zum allmächtigen Beamten geworden, der Produzent zum „Objekt der Gesetzgebung".

Das führe, sagen die „Westfälischen Politischen Nachrichten" weiter, wirtschaftlich bergab. Der Staatssozialismus, den uns der Krieg beschert habe, trete auf als „Klubsessel mit Fixum". Fortschreitende Wirtschaft aber müsse unter dem Zeichen stehen: „Schaffen und Verdienen". Ihre Hauptkraft liege im Gütererzeugen, nicht im Güterverteilen. Der Organisation der Produzenten gebühre der führende Einfluß von der Reglementation durch einen allzu beamtenhaft umgemodelten Handel. Sonst gerate schließlich das ganze Wirtschaftsleben ins Stocken. Für den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege zumal brauchten wir nicht einen weiter ausgebildeten Staatssozialismus, sondern seinen Abbau, Bewegungsfreiheit für die Produktion und wirtschaftspolitischer Vortrang der schaffenden Kraft.

Aus dem Reichstage.

Die Vorbesprechungen der Fraktionen.

Die Sitzungen der Fraktionen, die, wie stets, so auch jetzt der neuen Tagung vorausgehen werden, sind diesmal auffällig früh angesetzt und scheinen besonders umfangreich werden zu sollen. Die nationalliberale Fraktion tritt schon am Dienstag zusammen, die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei (wie schon kurz berichtet) am Mittwoch vormittag, die Sozialdemokraten am Donnerstag vormittag, und die Konservativen haben gleich zwei Sitzungen hintereinander einberufen, für Mittwoch abend und für Donnerstag früh. Nur das Zentrum, dessen Führer ja auch als letzte in der Reihe vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes empfangen werden sollen, hat bis jetzt noch keine Einladungen zur Fraktionssitzung ergehen lassen.

Die Uebergangswirtschaft.

Verhandlungen mit den Wirtschaftsverbänden.

Wie wir hören, beginnen in den nächsten Tagen im Reichsamt des Innern Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär Dr. Helfferich und den Leitern der sämtlichen Zentralorganisationen, das heißt der Verbände und Vertretungen der Industrie, des Handels und Gewerbes und der Landwirtschaft, der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer. Es dürfte sich dabei um die Fragen der Uebergangswirtschaft, insbesondere um das Arbeitsprogramm der neu errichteten Reichsstelle handeln.

Die Hafernährmittel.

Beschränkte Herstellungsmöglichkeiten.

In den Tageszeitungen und in Eingaben an das Kriegsernährungsamt wird zurzeit vielfach einer reichlichen Ausnützung der großen Haferernte für die Zwecke der Volksernährung das Wort geredet. Teilweise werden die Forderungen dahin präzisiert, daß eine Million Tonnen Hafer für die Volksernährung, das heißt zur Herstellung von Hafernährmitteln Verwendung finden soll. Das Kriegsernährungsamt hat, wie es mitteilt, der Angelegenheit, deren Bedeutung nicht zu verkennen ist, bei Aufstellung des Haferwirtschaftsplanes seine volle Aufmerksamkeit zugewendet, und es ist im Haferwirtschaftsplan für die Herstellung von Hafernährmitteln diejenige Hafermenge bereit gestellt worden, die bestehenden Hafernährmittelfabriken bei Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit verarbeiten können. Die Leistungsfähigkeit der bestehenden Fabriken reicht aber bei weitem nicht so weit, wie die gestellten Forderungen anzunehmen scheinen. Die Möglichkeit einer Steigerung dieser Leistungsfähigkeit wird zurzeit geprüft. Eine wesentliche Erweiterung bestehender oder die Errichtung neuer Hafernährmittelfabriken scheitert schon an der derzeitigen Unmöglichkeit, die erforderlichen neuen Maschinen und Einrichtungen rechtzeitig zu beschaffen und in Betrieb zu setzen. Ob die Heranziehung anderer bestehender Betriebe zur Hafernährmittelfabrikation sich technisch durchführen läßt, wird geprüft werden. Jedenfalls wird keine Möglichkeit der Steigerung der Erzeugung unbenützt bleiben. Im übrigen bedeutet die vorgesehene volle Ausnützung der bestehenden Hafernährmittelfabriken gegen das Vorjahr bereits eine ganz bedeutende Steigerung der Hafernährmittelerzeugung, die bei dem wertvollen Eigenschaften der Hafernährmittel der Ernährung ganz wesentlich zugute kommen wird. Die gesteigerte Erzeugung kann allerdings erst in der nächsten Zeit fühlbar werden, da die Fabrikation aus der neuen Ernte erst jetzt in Gang kommen kann, während die Fabrikate aus der alten Ernte naturgemäß zurzeit sehr knapp geworden sind.

* Der Nürnberger Magistrat beschloß, einem Privat-Telegramm aus München zufolge, zugleich mit Inkrafttreten der Reichsfleischkarte am 1. Oktober den **Kundenzwang** für Fleisch und Fleischwaren, sowie für Eier und Käse einzuführen.

Ein Erlaß des Ministers des Innern über die Verdeutschungsliste.

Der Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: „Durch den Polizeipräsidenten in Berlin ist in Zusammenarbeit mit den berufenen Vertretern von Handel und Gewerbe und mit dem Allgemeinen Deutschen Sprachverein eine Verdeutschungsliste aufgestellt worden, welche die Beseitigung des äußeren Straßenbildes von den fremdsprachlichen Geschäftsschilderaufschriften durch Aufführung geeigneter deutscher Ersatzausdrücke zu fördern bestimmt ist. Den Landräten und Magistraten sowie den größeren Polizeiverwaltungen wird empfohlen, die Anwendung dieser Verdeutschungsliste im täglichen Gebrauch zu fördern. Es liegt in der Natur der Sache und in dem derzeitigen Stande der Gesetzgebung begründet, daß der Einfluß der Verwaltungsbehörden auf diesem Gebiete sich im allgemeinen unter Abstandnahme von Zwangsmaßregeln auf gütliche Einwirkungen beschränken muß. Aber die aufklärende Arbeit, die bereits seit Jahren geleistet worden ist, und der durch die Kriegsereignisse gestärkte Sinn für alles Vaterländische, Hand in Hand mit der verschärften Abneigung gegen die Fremdtümelei, haben solchen behördlichen Einflüssen den Boden bereitet. Sie werden daher in weiten Kreisen Verständnis finden und unter der Besorgnis vor einer amtlichen Bevormundung nicht zu leiden haben. Für einzelne Gewerbe, in denen der Gebrauch fremdländischer Bezeichnungen im inneren Geschäftsbetriebe besonders eingewurzelt ist, sind seitens der beteiligten Fachverbände weitere Listen aufgestellt worden, die an Stelle der fremden Fachausdrücke geeignete deutsche Ersatzworte in Vorschlag bringen. Dies ist beispielsweise der Fall für das gesamte Webstoffach, für das Gastwirtsgewerbe und die verwandten Betriebe, für das Bühnenwesen u. a. Näheres wird unschwer durch den Allgemeinen Deutschen Sprachverein und seine Zweigvereine zu erfahren sein. Auch wird der Polizeipräsident in Berlin sich gern zur Auskunft bereit finden.

Der amtliche Einfluß auf diesem Gebiete würde jedoch nur eine, freilich sehr wichtige Seite des öffentlichen Lebens berühren, wollte er bei der Einwirkung auf das Geschäftsleben Halt machen; vielmehr bietet sich auch außerhalb dieses Zweiges für die Verwaltungsbehörden weitgehende Gelegenheit, den auf die Reinigung der deutschen Sprache von fremdländischen Ausdrücken und Bestandteilen gerichteten Bestrebungen förderlich zu sein. Es soll hier nicht einer blinden Ausmerzung alles dessen das Wort geredet werden, was irgendwie undeutschen Ursprungs zu sein oder fremde Bestandteile zu enthalten scheint. Es muß dem Rechnung getragen werden, daß es in vielen Fällen nicht möglich sein wird, einen nicht nur nach dem begrifflichen Inhalt, sondern auch nach dem Sprachgefühl weiter Kreise vollgültigen Ersatz an die Stelle des gebräuchlichsten Fremdworts zu setzen. Aber es gilt, der Gedankenlosigkeit und der schlechten Gewohnung entgegenzutreten, welche ohne inneren Grund vielfach aus äußerlichen Gesichtspunkten und Bequemlichkeiten heraus den guten deutschen Ausdruck zugunsten des fremdsprachlichen vernachlässigt. Nicht um eine Bedeutschung handelt es sich recht eigentlich in diesem Sinne, sondern um eine Unterlassung des Gebrauches zu Unrecht eingebürgerter fremdsprachlicher Ausdrücke. Den Verwaltungsbehörden mit ihrem großen Einfluß auf allen Gebieten des täglichen Lebens bietet sich volle Gelegenheit, sich hier durch Beispiel und Rat vorbildlich zu betätigen." — Hoffentlich werden die maßgebenden Unterbehörden entsprechend dem Gedankengang dieses Erlasses maßvoll handeln und nicht mit unangebrachter Härte gegen jedes Fremdwort zu Felde ziehen.

Die Fleischration für die nächste Woche beträgt wieder 250 Gramm; die Kartoffelmenge ist gleichfalls dieselbe wie in dieser Woche gebliehen. Auf jede Kartoffelkarte werden neun Pfund Kartoffeln verabfolgt.

Erhöhung der Postgebühren nach Oesterreich-Ungarn. Vom 1. Oktober ab treten im Postverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erhöhte Portogebühren ein. Gewöhnliche Briefe kosten 15 Pfennig, für jede weiteren 20 Gramm werden 5 Pfennig erhoben. Postkarten müssen mit 7½ Pfennig frankiert werden. Eingeschriebene Briefsendungen müssen fortan vom Absender freigemacht werden. In gewöhnliche und eingeschriebene Briefe nach Ungarn dürfen Münzen nicht mehr eingelegt werden. Die Gebühr für Postanweisungen beträgt 20 Pfennig für je 40 Mark. Zugelassen sind Postpakete bis 5 Kilogramm und Postfrachtstücke über 5 bis 20 Kilogramm. Sowohl Postpakete wie Postfrachtstücke müssen vom Absender freigemacht werden. Die Höhe der Wertangabe ist nicht beschränkt. Die Gebühr für Postpakete beträgt auf alle Entfernungen im Verkehr nach Oesterreich 60 Pfennig, nach Ungarn und Bosnien-Herzegowina über Oesterreich 80 Pfennig, nach

Edvard Munch und der Friede.

ago. Unser Korrespondent schreibt aus Kopenhagen: Nach Christiania sind in diesen Tagen die Augen der skandinavischen Welt gerichtet. Die skandinavische Welt sehnt sich nach Frieden, nach dem Frieden, der die „Neutralität" wieder ablöst, und in Christiania sitzen jetzt die Minister der drei Reiche zusammen und beraten, nach König Haakons Willkommensgruß, über beides, Neutralität und . . . Aber das ist schon zuviel gesagt. Die Zusammenkunft, die dritte ihrer Art, tagt ja, wie ihre Vorgängerinnen, hinter verschwiegenen Schloßtüren. Durch die dringt keine Andeutung, keine Hoffnung. Resigniert warten die Berichterstatter der nordischen Blätter darauf, daß es zum Schluß wieder heißen würde,, daß volle Einmütigkeit erzielt worden sei, und witzig begnügen sie sich inzwischen mit Interviews, in denen ihnen die Staatsmänner versichern, daß ihnen das Christianiaer Wetter nicht gefällt.

Da kommt ein Ersatz gelegen. Wenn das Schloß so verschlossen bleibt, öffnet die Universität ihre Pforten. In der Universität der norwegischen Hauptstadt sind die großen Festsaalgemälde Edvard Munchs endlich zur Ruhe gekommen. Auch da war Krieg, sofern man im Widerstand bürgerlicher Gewohnheiten gegen die Malereien eines Schwärmers überhaupt einen gleichberechtigten Kampf sehen will, und der endete nun versöhnlich. Die Wissenschaft, als Munchs Gegnerin, hat einen Rückzug angetreten. Die Universität hat am Eröffnungstage, am Montag dieser Woche, unterschiedslos alle Meinungen bei sich aufgenommen. Diplomatisch sagte der Herr Rektor, daß „zum Glück" über diesen Wandschmuck, wie über alles Bedeutende, die Ansichten geteilt seien und daß eine spätere Zeit darüber die Entscheidung treffen möge. Bis dahin hat man Frieden geschlossen. Die Phantasien aus Munchs Symbolwelt, deren malerischen Glanz man in seiner Heimat jetzt entdeckt und die in Deutschland — ich glaube, in Deutschland allein! — längst bekannt sind, diese „strahlende Sonne", dieses Glück in der „Mutterschaft", diese predigende „Lebensweisheit" haben in dem klassischen Festraum der Universität, unter breitem Oberlicht, ihr passendes Heim gefunden.

So haben sich also die Berichterstatter zusammengetan. Sie haben etwas Berichtenswertes gefunden — eine Festversammlung, in der allerdings die Hauptperson, der Künstler selbst, fehlte, der sich nach Göteborg geflüchtet hatte. Damit aber auch hier wenigstens der Witz nicht ganz fehle, hat ein Ganzwitziger, der Mann der „Politiken", herausgefunden, daß im Chor der Zerrungen, die sich über die Aufstellung der Bilder aussprachen, immerhin eine Stimme gegen Munch war. Das war die „Aftenposten". Die hatte die grünen Seidentapeten gestiftet, die man wegen der Bilder wieder hatte abreißen müssen . . . So von Gefahren umlauert, ist die Neutralität auch im Künstlerischen. So schwierig ist es, Einigkeit im Frieden herbeizuführen, selbst im Kleinen.

Gorch Focks Leiche gefunden. Aus Hamburg schreibt unser Korrespondent: Die Leiche Gorch Focks, des auf der „Wiesbaden" vor dem Skagerrak gefallenen Dichters, ist aufgefunden und beerdigt worden. Wo die Beisetzung erfolgt ist, weiß man noch nicht, die Marinebehörde hat lediglich die Tatsache der Bestattung mitgeteilt.

„In memoriam", das neue Chorwerk von E. N. v. Reznicek, das in Wien und Schwerin mit Erfolg aufgeführt wurde, wird am 26. September im Berliner Dom unter Leitung von Professor Rüdel die Berliner Erstaufführung haben.

Theaterchronik. Im Kleinen Theater geht am Mittwoch Herbert Eulenbergs mit dem Volksschillerpreis gekröntes Liebesstück „Belinde" neu einstudiert in Szene.

Der Direktion der Komischen Oper wurde der Text der Steffanschen Operette „Die verbotene Frau" von der Zensur verboten.

Julius Falkenstein wurde vom Direktor Robert für das Residenztheater engagiert.

Albert Paul wird demnächst in den klassischen Volksschauspielen im Theater des Westens als Thorane in Guttows vieraktigem Goethe-Lustspiel „Der Königsleutnant" gastieren.

In der ersten Opernaufführung der Vaterländischen Schauspiele, „Lohengrin", wirken als Gäste mit Frida Langendorff und Peter Lordmann.

Vom Kunstverein und Künstlerhaus Salzburg. Die Jury für die Zuerkennung der vom Staate und der Stadtgemeinde Salzburg für die 81. Jahresausstellung im Künstlerhaus Salzburg gespendeten Medaillen hat folgenden Künstlern Auszeichnungen verliehen: Die goldene Staatsmedaille wurde zuerkannt: Franz Pimpl (Salzburg) und Max Rabes (Charlottenburg); die silberne Staatsmedaille erhielten: Hans Best (München), Otto Ackermann (Düsseldorf) und E. Tony Angerer (Salzburg); die goldene Medaille der Stadt Salzburg: Franz Kulstrunk (Salzburg); die silberne Medaille der Stadt Salzburg: Karl Wollek (Wien), Friedrich Reiner (Salzburg) und Hugo v. Preen (Osterreich).

Dora Hitz wird ihr Schülerinnenatelier im Oktober wieder eröffnen. Der Gesundheitszustand der verehrten Künstlerin erlaubt ihr erfreulicherweise die Rückkehr nach Berlin.

Die Schenkung eines Künstlers. Der Münchener Kunstmaler Julius Blank hat seiner Vaterstadt Pforzheim sein väterliches Haus zum Geschenk gegen eine jährliche Rente von 1000 Mark angeboten. Nach seinem Tode soll das Gebäude zum Besten von Kriegsinvaliden und Veteranen verwendet werden. Der Bürgerausschuß entscheidet sich demnächst über Annahme oder Nichtannahme.

Aus der Kunstwelt. Das Gesamtwerk Bruno Pauls, des Leiters der Unterrichtsanstalt am Berliner königlichen Kunstgewerbemuseum, auf baulichem und kunstgewerblichem Gebiet wird jetzt in einer schönen Schrift vereinigt. die Dr. Joseph Popp herausgibt. Das Werk bringt in Abbildungen, die ein gehaltvoller Text erläutert, Bruno Pauls Innenreinrichtungen. — Die Galerie Eduard Schulte bringt in ihrer neuen Ausstellung am 28. September Landschaftskollektionen von Professor Bernh. Butterlack (Jcking), G. H. Engelhardt (Berlin), Hans Heiber (München), Carl Heßmert (Berlin) und Dr. Gottfr. Niemann (Garmisch). Ferner eine Sammlung Kriegsbilder aus dem Westen von Hans Meyerkassel.

Wissenschaftliche Nachrichten. Professor Max Planck, der hervorragende Physiker der Berliner Universität, hat eine Einführung in die allgemeine Mechanik geschrieben. Der Gelehrte will darin zum Gebrauch bei Vorträgen und für den Selbstunterricht auf neuen Wegen Mechanik lehren, wobei die physikalische Betrachtungsweise vor der mathematischen in den Vordergrund gestellt ist.

Der land- und milchwirtschaftliche Schriftsteller Professor Dr. phil. h. c. Benno Martiny in Groß-Lichterfelde bei Berlin feiert am 25. d. M. seinen 80. Geburtstag. In den Jahren 1881 bis 1884 gehörte Martiny dem Lehrkörper der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule als Lehrer für Milchwirtschaft an. 1906 ernannte ihn die Göttinger philosophische Fakultät zum Ehrendoktor.

Der holländische Gelehrte Dr. phil. et chem. Josué Jean Philippe Daleton hat einen Ruf als Professor der Chemie an die flandrische Universität Gent erhalten und angenommen. Er studierte in Amsterdam Chemie und in Leipzig unter Geheimrat Rinne Mineralogie. Er erwarb an der Universität Amsterdam die chemische und an der Universität Leipzig die philosophische Doktorwürde.

Infolge Schlaganfalles starb sechzigjährig der Lemberger Universitätsprofessor für vergleichende Grammatik indoeuropäischen Sprachen Dr. Gustav Gerion.

Bosnien-Hergegowina über Oesterreich und Ungarn 1 Mark. Die Gebühr für Ueberweisung einer bei der Post bestellten Zeitung nach einem anderen Bestimmungsort ist auf 50 Pfennig herabgesetzt worden.

Zeichnungen auf die Kriegsanleihe.

Der Vorstand der Städtischen Sparkasse in Berlin-Wilmersdorf hat beschlossen, für die Kasse und die Sparer zusammen **3 Millionen Mark** auf die 5. Kriegsanleihe zu zeichnen. Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft in Berlin hat eine Million Mark gezeichnet. Ferner zeichneten: Conrad Tack u. Cie. A.-G. (Burg) eine Million Mark; die Berlinische Feuerversicherungsanstalt 500 000 Mark; die Lagereiberufsgenossenschaft, Berlin, 1 Million Mark; die Breslauer Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesches Erben 15 Millionen Mark, die Stadtsparkasse Leobschütz 1 Million Mark; Silesia, Verein chemischer Fabriken, ½ Million Mark.

Gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife. Die von Anfang an scharf bekämpfte Tariferhöhung der Groß-Berliner Straßenbahnen soll besonders dadurch schmackhaft gemacht werden, daß man die Arbeiterzeitkarten beibehalten will. Diese bieten aber leider nur dem kleinsten Teile der Arbeiter Vorteil, was schon daraus hervorgeht, daß die Jahreseinnahme 1915 noch hinter den lächerlich geringen Betrag von 61 700 Mark ergibt, während sich die Gesamteinnahme auf mehr als 42 Millionen Mark belief. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat mit besonderem Hinweis auf dieses Verhältnis nochmals beim Zweckverband energisch gegen jede derzeitige Tariferhöhung protestiert.

*

Einen einmütigen Protest erhob die Steglitzer Gemeindevertretung in ihrer gestrigen Sitzung gegen die vom Polizeipräsidenten zu Berlin verfügte Einziehung von sechs Haltestellen der Großen Berliner Straßenbahn in Berlin-Steglitz. Bürgermeister Buhrow gab hierbei seinem Bedauern Ausdruck, daß der Polizeipräsident zu Berlin, ohne den Amtsvorsteher oder den Gemeindevorstand in Steglitz zu befragen, einfach die Einziehung der Haltestellen angeordnet habe, wodurch nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Behörden peinlich überrascht worden seien. Die auf Anregung des Ministers der öffentlichen Arbeiten vorgenommene Beseitigung der Haltestellen wirke in Berlin nicht so verhängnisvoll wie in Steglitz. Mit großer Fahrgeschwindigkeit würden die an den Straßenkreuzungen früher eingerichteten Haltestellen überfahren, so daß Einzelpersonen und Fuhrwerke in die größte Gefahr gerieten. Bis jetzt seien schon neun Unglücksfälle vorgekommen. Als Amtsvorsteher habe er den Verbandsdirektor und den Polizeipräsidenten zu Berlin gebeten, die Verordnung wieder aufzuheben, leider habe seine Bitte keine Berücksichtigung gefunden. Er gebe jedoch die Hoffnung nicht auf, daß einige Haltestellen wiederhergestellt würden und daß mindestens eine andere Fahrgeschwindigkeit vorgeschrieben würde.

Das neue Heim der Reichsentschädigungskommission. Der Neubau in der Viktoriastraße, der ursprünglich für das Militärkabinett bestimmt war, dann aber infolge des Konfliktes zwischen Reichstag und Reichsregierung lange Zeit hindurch unvollendet und unbenutzt liegen bleiben mußte, wird, wie bereits gemeldet, in den nächsten Tagen seiner neuen Bestimmung übergeben werden. Es handelt sich aber nicht, wie es damals in verschiedenen Blättern hieß, um ein neues Heim für das Reichsschatzamt, das am Wilhelmplatz bleibt und sich dort anscheinend durchaus wohl fühlt, sondern um die neugegründete Reichsentschädigungskommission, die mit ihren ausgedehnten Bureauräumen bisher in zwanzig verschiedenen Gebäuden untergebracht war, nun in der Viktoriastraße Anfang Oktober neue und weite Räume beziehen wird. Das Reichsschatzamt hat lediglich für die Reichsentschädigungskommission den Bauherrn gespielt und den Aus- und Umbau des Hauses übernommen.

Feuer im Palast Barberini. Die Potsdamer Berufsfeuerwehr wurde gestern abend nach dem Palast Barberini, der gegenwärtig einer gründlichen baulichen Erneuerung unterzogen wird, gerufen. Ein im ersten Stockwerk des rechten Seitenflügels ausgebrochener Stubenbrand gab zu den übertriebensten Befürchtungen um so mehr Anlaß, als darüber verschiedene städtische Amtsräume liegen, die durch die Rauchentwicklung völlig verqualmt waren. Durch die Feuerwehr konnte bald jede ernste Gefahr beseitigt werden.

Selbstmord im Amtsgericht Königswusterhausen. Der für Kriegsvertretung eines Kassenbeamten dem Amtsgericht in Königswusterhausen zugewiesene 28jährige Potsdamer Aktuar Paul Casper hat sich im Amtsgerichtsgebäude in Königswusterhausen erschossen. In seiner Kassenverwaltung wurden bei einer Revision Unregelmäßigkeiten entdeckt, die ihn zum Selbstmord veranlaßt haben dürften. Casper war vorher an der Kasse des Potsdamer Amtsgerichts tätig.

Ende der Hundesperre im Kreise Niederbarnim. Die im Mai und Juli d. J. vom Landrat des Kreises Niederbarnim infolge mehrerer Tollwutfälle angeordnete Hundesperre für die Amtsbezirke Tegel, Wittenau, Biankenfelde, Reinickendorf, Schönfließ, Lübars, Hermsdorf, Frohnau, Schönerlinde, Schönwalde, Niederschönhausen und Malchow, sowie für die Ortschaften Hohenneuendorf, Birkenwerder, Borgsdorf, Basdorf, Zühlsdorf, Berlin-Buchholz und die Oranienburger Forst erreicht mit heutigen 23. September ihr Ende. Vom 24. September ab dürfen dort Hunde und Katzen wieder frei umherlaufen.

Opfer des Straßenverkehrs. Im Straßenbahnbetrieb haben sich gestern und heute morgen eine Reihe schwerer Unfälle zugetragen. An der Ecke der Müller- und Utrechter Straße stürzte eine Frau Anna Rusch aus der Seestraße 68 von einem Straßenbahnwagen der Linie 24E, den sie während der Fahrt verlassen wollte. Sie erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in hoffnungslosen Zustande in das Virchowkrankenhaus gebracht. In der Hermannstraße in Neukölln wurde fast gleichzeitig der 13jährige Schüler Georg Rohde aus der Wartheſtraße 68 in Neukölln von einem Straßenbahnwagen der Linie 28 erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Knabe trug eine schwere Kopfverletzung davon und wurde in das Krankenhaus in Buchow eingeliefert. Am Moltenmarkt wurde eine Frau Auguste Hase, Moltenmarkt 1 wohnhaft, von einem Milchwagen der Firma Bolle überfahren, als sie im Begriff war, einen Straßenbahnwagen der Linie 58 zu besteigen. Sie blieb schwer verletzt liegen und wurde im bewußtlosen Zustande in das Krankenhaus Moabit eingeliefert. In der Frankfurter Allee, Ecke der Königsberger Straße, geriet der 13jährige Knabe Anton Randensti aus Alt-Boxhagen 48 unter den Anhängewagen eines Straßenbahnzuges der Linie 78. Er kam so unglücklich zu liegen, daß ihm der rechte Fuß abgequetscht wurde. Einen tödlichen Verlauf nahm ein Straßenunfall, der sich gestern abend in der Schloßstraße in Steglitz ereignete. Dort wurde der 60 Jahre alte Schneider Heldt aus der Lübecker Straße 23 von einem Straßenbahnwagen der Linie E überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Baronin Schenk v. Schweinsberg, die geschiedene Gattin des in den letzten Tage vielfach genannten Baron Schenk aus Athen, wurde, wie uns ein Privat-Telegramm aus Frankfurt a. M. meldet, gestern abend tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Es liegt offenbar Vergiftung vor. Ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen Selbstmord handelt, steht noch nicht fest. Die 35 Jahre alte Baronin, die herzleidend und sehr nervös war, pflegte abends immer größere Dosen Schlafpulver zu nehmen.

Zur Neutralitätsdebatte in der Schweiz.

(Von unserem Korrespondenten.)

△ **Bern,** 20. September.

Seit dem mißglückten Versuche der schweizerischen Radikalsozialisten, einen allgemeinen, lärmenden „Antimilitaristentag der Tat" zu organisieren, hat die welsche Obstruktion mit der sozialistischen sich in die Arbeit reichlich geteilt, der Regierung einige unbequeme Augenblicke zu bereiten. Da der schweizerische Bundesrat Truppen in Bereitschaft gestellt hatte, um unter allen Umständen Ruhe und Ordnung an dem geplanten Antimilitaristentag — dem ersten Septembersonntag — zu handhaben, warf man ihm rundweg eine Ueberschreitung seiner Befugnisse vor, weil die Handhabung der Ruhe und Ordnung eine Angelegenheit der kantonalen Regierung sei. Man stützte sich dabei zum Schein auf einen Verfassungsparagraphen, den man etwas drehte, und überging ein halbes Dutzend andere Verfassungsbestimmungen, die klar das Gegenteil sagen. Fünf kantonale welsche Regierungen wurden in diesem Sinne bei der Bundesbehörde schriftlich vorstellig. Man zweifelte in derselben keinen Augenblick, es mit dem Versuch eines Eingriffes in die Leitung der Staatsgeschäfte zu tun zu haben, beurteilte aber dies etwas allzu deutlich demagogische Vorgehen allmählich weniger schwer. In Genf wurde zur Behandlung dieser Protestaktion geradezu eine „Protestversammlung" einberufen, an der die Behörde- und Ratsmitglieder, denen mehr Popularität nottat für lokale Wahlen, das Wort erhielten. Von Waadt ist man dergleichen Kundgebungen der Behörden an den Bundesrat gewöhnt. Die Kantone Freiburg und Wallis, die mit ihren Schreiben an den Bundesrat etwas nachhinken, hielten sich schon in gemäßigteren Grenzen, und auch der Anfang der gegenwärtig sich abspielenden Neutralitätsdebatte im Rat der Stände war nicht allzu bewegt. Schwer lastete das Eröffnungswort des Nationalratspräsidenten auf den Agitatoren, das diese Unruhestifter ungewöhnlich scharf verurteilte, und die ruhige, ernste Art der Widerlegung der alten Kantonsvertreter, die ja sonst sogleich wehren, wenn den kantonalen Rechten geschadet werden will, wirkte als kaltes Bad auf die welschen Heißsporne. Die Stimmung im Lande herum ließ keinen Zweifel aufkommen darüber, daß man nun der Einschüchterungsversuche des Bundesrats durch welsche Kantonsgrößen satt sei. Im Kanton Aargau befaßte sich bereits die Leitung und Fraktion der freisinnigen Mehrheitspartei mit dem Vorschlag, eine Gegenmanifestation sämtlicher übrigen Schweizer Kantonsparlamente gegen die welschen Kantonsregierungen in die Wege zu leiten, „um das Erbe der Väter zu wahren", nämlich die hauptsächlich vom Aargau seinerzeit standhaft erarbeitete Verfassung der Schweiz von 1848, die eben mit der Oberhoheit der Kantone über den eidgenössischen Staatenbund abgefahren war.

Zweifellos würde eine weitere Beschränkung der eidgenössischen Zentralgewalt die Eskapaden der Radikalen unter den Sozialisten und Welschen mehren, was natürlich dem Interesse der Schweiz widerspricht. Es ist schon heute genug an den Reisen der Genfer „Staatsmänner" nach Lyon, wo sie hochpolitische, wenig neutrale Reden hielten, wie ja auch neulich die Lausanner Stadtmusik über den See nach Thonon fuhr, um die Marseillaise mal auf französischem Boden zu spielen, wobei ein Gemeinde- und ein Universitätsvertreter ihren begeisterten Gefühlen für die Entente Luft machten. In der übrigen Schweiz schämt man sich einigermaßen über den betrübenden Mangel an Haltung gewisser Leute der Westschweiz. Die Forderungen einer strafferen Neutralitätsdisziplin des Westens sind im Wachsen. Daß die Pariser Blätter sich mit einer unverschämten Keckheit in die inneren Dinge der Eidgenossenschaft mischen, versteht sich von selbst. Die französischen Vertreter haben das in der ganzen Vergangenheit ebenfalls mit leider größtem Erfolge getan. Nur ist heute der Unterschied zu ziehen, daß das Volk aus seiner Geschichte denken gelernt hat und die schönen Phrasen von der durch Tatsachen bewiesenen Freundschaft zu trennen weiß. Phrasen gibt man mit Phrasen, Taten mit Taten wieder. Das wird auch auf die Beziehungen zu den Kriegführenden Leitfaß bleiben.

* * *

Die Beschlüsse der nordischen Ministerkonferenz.

Kristiania, 22. September. (W. T. B.)

Aus Anlaß der nordischen Ministerkonferenz wurde folgende Note veröffentlicht: „Die drei Länder sind einig betreffend fortgesetzter Aufrechterhaltung loyaler, unparteiischer Neutralität während des gegenwärtigen Weltkrieges. Die Kränkungen der Rechte und Interessen der Neutralen seitens der kriegführenden Mächte sowie die Schwierigkeiten handelspolitischer Art, die daraus für die Neutralen entstanden, wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen, die zur Einigkeit betreffend erweiterter Zusammenarbeit führte. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Vernichtung oder Zurückhaltung von neutralen Schiffen und Ladungen gewidmet sowie den Folgen der sogenannten Schwarzen Listen der Kriegführenden.

In diesem Zusammenhang einigte man sich zwecks gegenseitiger Erleichterung der Handelspolitik dahin, daß teils durch die Regierungen, teils durch die betreffenden Behörden Mitteilungen gemacht werden über die handelspolitischen Maßnahmen der drei Länder, sowie über das Eingreifen gegen Handelsspionage. Zur Behauptung der handelspolitischen Interessen nach dem Kriege sollen in den drei Ländern vorbereitende Maßnahmen getroffen werden unter gegenseitigem Zusammenwirken derjenigen Organe, denen die Angelegenheit anvertraut ist oder werden wird.

Ein weiterer Gegenstand der Erörterungen war die Stellungnahme der nordischen Länder zu gewissen Fragen betreffend die Pflicht der neutralen Mächte, Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität zu treffen. In diesem Punkte wurde auf Grund der Haager Konventionen vollständige Einigkeit festgestellt. Ferner einigte man sich dahin, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erklären, daß die drei nordischen Regierungen es für ausgeschlossen erachten — sei es allein oder in Verbindung mit anderen neutralen Regierungen —, die Initiative zur Vermittelung zwischen den kriegführenden Mächten oder zu ähnlichen Veranstaltungen zu ergreifen.

Andererseits stellte man als wünschenswert fest, daß eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen so vielen neutralen Ländern wie möglich zur Wahrung gemeinsamer Interessen unter Ausschluß jeglicher Parteinahme für die eine oder andere der kriegführenden Mächtegruppen zustande gebracht würde. In Erkenntnis der Bedeutung einer Zusammenarbeit der nordischen Reiche sowohl für die Gegenwart als für die Zukunft trennten sich die Minister der drei Länder völlig einig darüber, daß neue Zusammenkünfte zwischen den Vertretern der drei Länder abzuhalten seien, so oft die Verhältnisse dies erforderten oder wünschenswert erscheinen ließen."

Bern, 22. September. (W. T. B.)

„Excelsior" schreibt: Selbst wenn sich den Skandinaviern die Schweiz anschließen würde, wäre der Boden der Verständigung außerordentlich eng und die Grundlage sehr zerbrechlich, denn alle diese Neutralen sind außerordentlich schwach. 1850 konnte die Liga der Neutralen tatkräftig und wirksam sein, weil sie starke Nationen mit einschloß, heute aber würden ihre Resolutionen kaum beachtet werden und ihre Wünsche sehr unbestimmte Form annehmen. Dazu schreibt das „Berner Intelligenzblatt": „Diese Mißachtung der Neutralen wo neiner Seite, die sich bei jeder Gelegenheit als Beschützer der kleinen Nationen und Rechte aufspielt, verdient zur Kenntnis genommen zu werden."

Letzte Nachrichten

Haag, 23. September. (Privat-Telegramm.) Der griechische Dampfer „Assimacos" und die griechische Bark „Elli" sind im Mittelländischen Meer versenkt worden.

b. Stockholm, 23. September. (Privat-Telegramm.) In Odessa erregt, wie „Rusitija Wjedomosti" melden, die **Verhaftung von fünftausend Personen** großes Aufsehen. Nach genauer Untersuchung wurden vierhundert wieder freigelassen. Der Grund zu dem Vorgehen der Behörde wird nicht angegeben. Wahrscheinlich handelt es sich um Massendesertationen.

Die Abreise der rumänischen Gesandtschaft.

Der rumänische Gesandte in Berlin, Dr. Beldiman, ist in Begleitung der übrigen Mitglieder der Gesandtschaft, sowie einigen anderen, bisher zurückgebliebenen rumänischen Staatsangehörigen heute früh von hier abgereist. Die Herren der Gesandtschaft hatten schon seit Donnerstag abend im Hotel Baltic ihren Aufenthalt genommen. Die Abreise erfolgte heute morgen um 8 Uhr 40 Minuten vom Stettiner Bahnhof aus mittels Sonderzug, der aus zwei Salonwagen, einem Speisewagen und zwei Wagen erster Klasse bestand. Zur Verabschiedung hatten sich zwei Herren vom Auswärtigen Amt eingefunden, ein höherer Offizier begleitet die Gesandtschaft bis nach Saßnitz, wo man um 1 Uhr 30 Minuten eintreffen soll. Der Auszug der rumänischen Gesandtschaft und ihre heutige Abreise sind im Berliner Publikum gänzlich unbeachtet geblieben. Um die Zeit der Abfahrt des Zuges herrschte am Stettiner Bahnhof zwar schon reges Leben. Aber niemand schenkte der kleinen Reisegesellschaft Aufmerksamkeit, für die auf besonderem Bahnsteige der Zug bereit stand.

Gescheiterte rumänische Offensivversuche in der Dobrudscha.

Sofia, 22. September. (W. T. B.)

Bulgarischer Generalstabsbericht vom 22. September.

Mazedonische Front: Auf den Höhen der Stara Nereca Planina, zwischen dem Prespa-See und Florina, nördlich der Biglahöhen, wurde die feindliche Infanterie durch unser Artilleriefeuer zersprengt. Unsere vorderen Abteilungen haben die feindlichen Gräben genommen. In der Moglenitaniederung wurde ein feindliches Bataillon, welches gegen Sborsko und die Höhe Preslap vorzudringen versuchte, durch Feuer zersprengt. Westlich des Wardar Ruhe, östlich des Wardar ist die feindliche Infanterie nach starker Artillerievorbereitung vorgegangen, sie wurde jedoch durch Feuer zurückgeworfen und zum Rückzug in ihre alten Stellungen gezwungen. An den Hängen der Belasica Planina haben wir die Dörfer Calmisch und Sveti Petka genommen. Zwischen den letztgenannten Orten und der Höhe Dewaiepe hat der Feind ein Lager mit viel Kriegsmaterial zurückgelassen.

An der Strumafront schwaches Artilleriefeuer, an der ägäischen Küste Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. In der Dobrudscha entwickelte sich gestern, am 21. dieses Monats, in der Linie Cascioi—Enghez—Karakoj ein großer Kampf. Der Feind griff mit etwa 20 Bataillonen, 3 Batterien und 9 Eskadronen an, wurde aber durch einen Gegenangriff in die Flucht geschlagen und bis zum Einbruch der Dunkelheit von unserer Kavallerie verfolgt. Deutsche Flugzeuge beschossen erfolgreich die Donaubrücke bei Cernavoda und die feindlichen Lager bei den Dörfern Cochirleni und Ivrinez. An der Schwarzen-Meer-Küste Ruhe.

*

Rumänischer Bericht vom 22. September:

An der Nord- und Nordwestfront schwache Gefechte. Wir haben zwei Maschinengewehre erbeutet und 140 Gefangene gemacht.

Südfront: In der Dobrudscha hat der Feind seinen Rückzug eingestellt und befestigte sich. Unsere Truppen haben einige Kräfte in der rechten Flanke des Feindes in die Flucht geschlagen.

Luftangriffe: Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf Cernavoda und töteten sieben Personen, darunter zwei Soldaten und mehrere Einwohner. Auch mehrere Tiere wurden getötet und drei Häuser zerstört.

Briand für Sarrail.

Paris, 23. September. (Meldung der Agence Havas.)

Die Kammer setzte gestern die Beratung der provisorischen Zwölftel fort. In Beantwortung einer Anfrage über gewisse Angriffe in der Presse gegen den Oberbefehlshaber der Armee in Saloniki, erinnerte Briand daran, daß, wenn der Befehlshaber in Saloniki eine wichtige Rolle zu spielen habe, der Präsident des Ministerrats für alles einstehe. Die ganze Presse habe festgestellt, daß der General einen Erfolg davongetragen habe. Wenn der General nicht das Vertrauen der Regierung besäße, würde diese sich strafbar machen, wenn sie ihn auf seinem Posten beließe. Er werde in voller Freiheit seine ruhmvolle Aufgabe erfüllen können. Briand versicherte dies und erklärte, sich glücklich zu schätzen, Gelegenheit zu haben, dies öffentlich zu erklären. (Beifall auf der linken Seite des Hauses.) Nach Verlesung der Erklärung der Unifizierten Sozialisten nahm die Kammer die Vorlage der provisorischen Zwölftel mit 448 gegen 4 Stimmen an.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im äußersten Westen verschiedentlich etwas Regen, in den anderen Gegenden trocken, aber vielfach nebelig.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend: Ziemlich kühl, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wolkig ohne erhebliche Niederschläge.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Andi-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhard Zolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pitz-Charlottenburg; für Inserate: Robert Frank-Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

1. Beiblatt.

Nummer 489. Berlin, Sonnabend, 23. September 1916 (Abend).

Umsatzsteuer — Konventionssteuer.

Von

Artur Norden.

Während für die neue Kriegsanleihe, wie die täglich eingehenden grossen Zeichnungen zeigen, mit wachsendem Erfolg geworben wird, kommt allmählich die Deckung der ordentlichen Ausgaben des Reiches und somit auch der Zinsenerfordernisse seiner Schuldverpflichtungen in Fluss. Die Reichsregierung hat sich nicht dazu bestimmen lassen, die Schaffung von Gegenposten für die innerhalb des ordentlichen Etats im Vergleich mit den Einnahmen erwachsenden Mehraufwendungen zu vertagen, sondern ist darauf bedacht gewesen, die Bilanzierung noch während des Krieges sicherzustellen. Man kann die Auswahl der Quellen, aus denen das durch die Mehrkosten entstehende Defizit beseitigt werden soll, missbilligen, das Prinzip, auch zur Kriegszeit nach Möglichkeit auf Ordnung im Finanzwesen zu halten, ist durchaus gutzuheissen.

Eine der neuen, weiteste Kreise erfassenden Belastungen wird, nachdem die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren vorangegangen ist, binnen kurzem wirksam: Am 1. Oktober 1916 tritt das Warenumsatzsteuergesetz in Kraft, das gleichzeitig den Scheckstempel beseitigt. Jede Warenlieferung, die von diesem Zeitpunkt an erfolgt, oder jedes Entgelt für Warenlieferungen, das vom 1. Oktober ab bei dem Verkäufer der Ware eingeht, wird mit 1 vom 1000 steuerpflichtig. Ausgenommen sind nur Lieferungen von ausländischen Waren aus dem Zollauslande, oder aus dem gebundenen Verkehr des Zollinlandes.

Unterschieden wird im Gesetz hinsichtlich der Steuerpflicht zwischen gewerblichen Betrieben und anderen — gleichsam einmaligen oder gelegentlichen — Warenverkäufern. Bei Lieferungen, die nicht im Betriebe eines inländischen Gewerbes erfolgen, wird die Steuer alsbald nach dem Eingang der Zahlung fällig, und zwar ist vom Verkäufer innerhalb vierzehn Tagen eine Quittung über das empfangene Geld auszustellen und diese mit der entsprechenden Umsatzstempelmarke, deren Vertrieb durch die Postanstalten kürzlich angekündigt wurde, zu versehen. Die Steuerpflicht setzt indes hier erst bei Warenlieferungen im Betrage von mehr als 100 M. ein.

Zu den gewerblichen Betrieben gehören nicht etwa nur die im Handelsregister eingetragenen Kaufleute, sondern alle die, die ein Gewerbe führen, einschliesslich der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei. Von diesen ist nicht jede Warenlieferung einzeln, sondern die sich im Kalenderjahre ergebende Summe zur Versteuerung anzugeben, und die Abgabe in bar zu entrichten. Auch Beträge von 100 M. und darunter sind in die steuerpflichtige Anmeldung einzubeziehen, dagegen entfällt die Abgabe, wenn die Summe der im Kalenderjahre aus Warenverkäufen eingegangenen Zahlungen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt.

Das Wort „Warenlieferung" findet eine sehr extensive Auslegung; es gehört dazu u. a. die Abgabe von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser. Auch die Ausfolgung der Zeitung an den Abonnenten ist als Warenlieferung anzusehen und in die Steueranmeldung aufzunehmen. Die Erledigung eines Anzeigenauftrages stellt indes weder eine Warenlieferung dar, noch kann sie als eine steuerpflichtige Lieferung aus einem Werkvertrage angesprochen werden. Forderungen, Wechsel, Schecks usw. sind naturgemäss keine Waren; das gleiche gilt für Grundstücke. Kommt aber beispielsweise ein ganzes Rittergut zum Umsatz, so wird man hier ebensowenig eine völlige Steuerfreiheit in Aussicht nehmen können, wie bei dem Verkauf eines industriellen Unternehmens. Alles das, was nicht unter den Begriff „Grundstück" gehört, wird vielmehr auch bei solchen Verkäufen der Warenumsatzsteuer unterliegen.

Der gewerbliche Betrieb hat die Wahl, ob er den Gesamtbetrag der tatsächlich im Kalenderjahre eingegangenen Zahlungen zur Leistung der Abgabe anmeldet, oder die Gesamtsumme des Entgeltes der Lieferungen, mithin die Rechnungsbeträge. Beide Arten haben ihre besonderen Vorteile und Nachteile. Die Anmeldung der Zahlungen hat — wenn wir uns an die zunächst vor uns liegende Zeit halten — auch die Gelder mit zu erfassen, die zwar die Bezahlung der bis zum 30. September gelieferten Waren darstellen, aber erst im Oktober oder später einkommen; bei der Versteuerung der Lieferungen werden zwar nur die vom 1. Oktober ab erfolgenden (allerdings auch dann, wenn sie aus früheren Verkaufsabschlüssen herrühren) zu versteuern sein, doch nimmt die Abgabe keine Rücksicht darauf, ob das Entgelt der Lieferungen auch wirklich eingeht. Das wird manchen Gewerbetreibenden veranlassen, der Besteuerung der Zahlungen den Vorzug zu geben. Als Bezahlung gilt nicht nur bares Geld, sondern jede Leistung des Gegenwertes. Man wird indes hieraus nicht folgern können, dass, wenn der Empfänger der Ware vom Käufer einen Wechsel „zahlungshalber" erhält, der Gegenwert der Ware geleistet ist. Die Abgeltung liegt vielmehr erst dann vor, wenn die Einlösung des Wechsels erfolgt ist und der Warenkäufer und Verkäufer frei von jedem Obligo geworden sind. Nimmt hingegen der Verkäufer irgendein Wertobjekt an „Zahlungsstatt" an, so tritt die Steuerpflicht sofort ein.

Als abgabepflichtiger Betrag wird im allgemeinen die Nettosumme gelten, die für die gelieferten Waren in Rechnung gestellt ist. Der Verkäufer ist also nicht etwa befugt, Provisionen, die für ihn mit dem Geschäftsabschluss verknüpft waren, oder Frachtauslagen bei „Frankolieferungen" bei der Anmeldung abzusetzen. Anders werden Skontoabzüge zu beurteilen sein; hier dürfte — wenngleich an einigen fiskalischen Stellen diese Auffassung vorläufig nicht geteilt wird — es zum mindesten bei dem die Zahlungen berücksichtigenden Versteuerungsmodus gerechtfertigt sein, etwaige Zinsvergütungen, die dem Käufer gewährt werden von dem steuerpflichtigen Betrage auszuscheiden. Die Versteuerung der Frachtauslagen wird der Verkäufer übrigens, ohne sich einer unzulässigen Umgehung des Gesetzes schuldig zu machen, vermeiden können, wenn er an die Stelle der Frankolieferung einen entsprechend ermässigten Verkaufspreis treten lässt.

Eine Reihe weiterer Zweifelsfragen wird eine demnächst zu erwartende amtliche Auslegung des Gesetzes, die freilich gegenüber etwa anders ausfallenden Gerichtsentscheidungen keine bindende Kraft hätte, zu beantworten suchen. Erwähnt sei hier heute nur noch, dass die Steuerpflicht immer nur bei der Lieferung der Ware in „Natura" eintritt. Wenn also, wie das besonders bei Termingeschäften oder handelsrechtlichen Lieferungsgeschäften vielfach üblich ist, bei einer Kette von Abschlüssen nur einzelne Glieder zur Lieferung kommen, so sind nur diese letzteren steuerpflichtig.

Im ersten Augenblick erscheint eine Abgabe von 10 Pfennig für 100 M. als Belastung der Konsumenten geringfügig. Sie würde in der Tat auch unbedeutend sein, wenn es möglich wäre, jedes Erzeugnis, dessen der Verbrauch bedarf, in allen seinen Teilen an einer einzigen Produktionsstätte zu gewinnen und dann unmittelbar dem Konsum zuzuführen. Aber ein solcher Idealzustand wird für die weitaus grösste Zahl aller Bedarfsartikel niemals zu erreichen sein. Das Natürliche und Uebliche ist, dass das Fertigfabrikat viele Wandlungen durchmacht und zahlreiche Stadien durchläuft, bevor es gebrauchsfertig ist. Auf diesem Wege, der nicht immer gerade verläuft, sondern sich nach mehreren Richtungen gabelt, weil aus dem Halbfabrikat wiederum die verschiedenartigsten Waren hergestellt werden können und hergestellt werden müssen, — auf diesem Wege wird gleichsam an jeder Station eine Abgabe erhoben, die, da der Preis durch das Hinzukommen von Arbeit und Materialien sich jeweilig erhöht, von Schritt zu Schritt grösser wird. Was der Verbraucher schliesslich bezahlen muss, wird eine erhebliche Mehrbelastung enthalten, und das besonders dann, wenn man an die sonstigen Bürden denkt, die der Konsument notwendigerweise oder aber aus übermässiger Gewinnsucht des Warenverkäufers zu tragen hat. Namentlich einige Konventionen scheinen noch immer auf Verteuerungen bedacht zu sein, und so eine Art Extrasteuer von der Bevölkerung zu erheben. Um nur ein, allerdings recht krasses, Beispiel anzuführen: Die Leitung der sogenannten „Herren-Strohhut-Konvention" scheut sich nicht, die ihr angeschlossenen Grossisten zu einem Verstoss gegen die Bestimmung betreffend übermässige Preissteigerungen zu zwingen. Durch ein Rundschreiben des als Konventionsgründer bekannten Dr. Vosberg-Rekow vom 9. September werden nämlich die Grossisten der Strohhutkonvention verpflichtet, „während der neuen Saison, nur auf der Grundlage der von den Fabrikanten für die neue Saison neu kalkulierten Preise zu verkaufen". Die Konvention schreibt den Grossisten vor, auch für Ware, die vom vergangenen Jahre übrig geblieben ist, die diesjährigen weit höheren Preise zu nehmen. Hüte sind — nach der uns noch besonders bestätigten amtlichen Auffassung — Gegenstände des täglichen Bedarfs und fallen als solche unter die Vorschriften der Preiswucherverordnung, die insbesondere auch mit Strafe bedroht, der zum Verstoss gegen die Preisbestimmungen auffordert oder anreizt. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts ist es nicht zulässig, für Gegenstände, die zu niedrigeren Preisen eingekauft sind, Erlöse zu fordern, die an sich infolge der Kriegsverhältnisse bei späterer Anschaffung angemessen sein mögen.

Es muss dringend dagegen Verwahrung eingelegt werden, dass der Konventionsterrorismus sich anmasst, das Gesetz zu missachten und in schwerer Zeit den Konsum weiter zu verteuern. Die Regierung hat die Aufgabe, durch die Erhebung von Steuern das Gleichgewicht im Reichshaushaltetat herzustellen; sie muss aber auch verhindern, dass privatwirtschaftliche Gewinnsucht die Zahl der Lasten ungebührlich vermehrt.

⊙ Starke Goldabflüsse aus der Bank von Frankreich.

Eine empfindliche Schwächung des Goldvorrats der Bank von Frankreich ist, wie die folgenden Ausweiszahlen erkennen lassen, in der am 21. September abgelaufenen Bankwoche eingetreten (in 1000 Fr.):

		Gegen die Vorwoche	
Gold in den Kassen	4 152 170	Abn.	95 655
Gold im Ausland	674 553	Zun.	100 775
Barvorrat in Silber	338 040	Abn.	238
Guthaben im Ausland	652 539	Abn.	51 880
Wechsel (vom Moratorium nicht betroffene)	371 288	Abn.	10 017
Gestundete Wechsel	1 390 361	Abn.	8 527
Vorschüsse auf Wertpapiere	1 162 170	Zun.	3 081
Vorschüsse an den Staat	8 700 000	unverändert	
Vorschüsse an Verbündete	1 440 000	unverändert	
Notenumlauf	16 653 451	Zun.	50 792
Schatzguthaben	193 191	Abn.	33 747
Privatguthaben	2 180 615	Zun.	34 257

Aus den Kassen der Bank sind demnach 95,7 Mill. Fr. Gold abgeflossen. Allerdings hat sich der Goldbestand im Auslande gleichzeitig um 100,8 Mill. Fr. erhöht. Diese Steigerung ist aber, wie zur Genüge bekannt ist, für die Bank ohne Vorteil, denn das Gold dürfte wohl für immer seinen eigentlichen Zwecken entzogen sein. Ohne Zweifel wird es gemäss dem Goldabkommen mit England dazu benutzt, um den Engländern das „schwierige Problem der Wechselkurse lösen zu helfen". In diesem Sinne äussert sich nämlich ganz offenherzig der Londoner „Economist", der offen die Absicht ausspricht, dass der hohe Goldvorrat für die Bank von Frankreich ziemlich überflüssig sei. Er bezeichnet die Meldungen über die Schaffung eines Goldpools als ganz ausgegegen über die Schaffung eines Goldpools als ganz ausgezeichnet. Er fügt indes hinzu, dass jeder englische Bürger trotz der jetzt verstärkten Möglichkeit, das Wechselkursproblem zu lösen, weiter bemüht sein soll, seinen Verbrauch einzuschränken. Das der Bank von Frankreich entzogene Gold hat, wie der heute morgen von uns veröffentlichte Ausweis der Bank von England zeigte, keine Zunahme des Barvorrates des englischen Instituts herbeiführen können. Wo das Gold geblieben ist, lässt sich mit unbedingter Sicherheit nicht feststellen, da seit einiger Zeit die Zahlen des Goldverkehrs der Bank von England mit dem Auslande vorsichtigerweise nicht mehr bekannt gegeben werden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit darf man aber annehmen, dass es dem Goldfonds der Filiale der Bank von England in Kanada zugeführt worden ist, um dann je nach Bedarf nach New-York gebracht zu werden. In dieser Vermutung wird man bestärkt durch einen Brief, den der New-Yorker Korrespondent des Londoner „Economist" an diesen gerichtet hat. Er schreibt darin, man sei in New-York der Ansicht, dass das aus Kanada angekommene Gold zu einer Ermässigung der Geldsätze beitragen solle, durch die wiederum eine Herabsetzung des Diskonts der Bank von England und die Aufnahme einer langfristigen Kriegsanleihe in London ermöglicht werden soll. Es ist recht interessant zu sehen, wie die Engländer das von Frankreich „entliehene" Gold dazu benutzen, um die neue englische Kriegsanleihe, die schon lange in Aussicht genommen ist, flott zu machen.

Zu dem vorliegenden Ausweis der Bank von Frankreich ist noch zu bemerken, dass sich die Guthaben im Auslande erheblich verringert haben. Einen starken Rückgang weisen dieselben auch die Guthaben des Staatsschatzes auf, dagegen hat sich der Notenumlauf von neuem erhöht, und die Deckung durch das in der Bank befindliche Gold auf 24,9 pCt. vermindert. Ein derartig niedriger Prozentsatz steht in der Geschichte des französischen Zentralnoteninstituts einzig da. Wie schnell dieser Niedergang erfolgt ist, lässt sich daran ermessen, dass Anfang Juni dieses Jahres, also kurz bevor die Bank eine Teemung ihres Goldvorrats in „Gold in den Kassen" und „Gold im Auslande" vorgenommen hatte, der Vorrat an gelbem Metall noch 4745 Mill. Fr. betragen hatte, während er heute um etwa 600 Mill. Francs niedriger ausgewiesen wird. In der gleichen Zeit ist der Notenumlauf von 15 665 Mill. Fr. auf 16 653 Mill. Fr., also um annähernd 1 Milliarde Fr. gestiegen.

* Der Abschluss der Phönix Akt.-Ges.

In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurde der Abschluss der Phönix Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenbetrieb für das Jahr 1915/16 vorgelegt. Er zeigt ein sehr günstiges Bild. Die Dividende wird mit

20 pCt. gegen 12 pCt. im Vorjahr

vorgeschlagen. Sie entspricht damit den Schätzungen, die an der Börse zuletzt im Umlauf waren. Ueber den Abschluss wird das folgende mitgeteilt:

Der Abschluss für 1915/16 ergibt einen Betriebsgewinn von 57 843 557 Mark (i. V. 36 441 674 M.). Davon gehen ab Handlungsunkosten einschliesslich Steuern mit 10 461 591 M. (7 911 990) und Zinsen mit 591 315 M. (453 773), so dass ein Rohgewinn von 46 790 651 M. (28 085 910) verbleibt. Nach Abzug von 1 185 787 M. (108 600) für Beseitigung noch nicht abgeschriebener Werkanlagen sowie für verstärkte Abschreibung auf Maschinen und Einrichtungen, die nur während des Krieges Verwendung finden können, und der ordentlichen Abschreibungen von 12 755 667 M. (12 507 291) beläuft sich der Reingewinn auf 32 849 197 M. (15 470 018). Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahre von 9 204 326 M. (9 166 520) stehen somit 42 053 523 M. (24 636 538) zur Verfügung. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, 20 pCt. = 21 200 000 M. Dividende (i. V. 12 pCt. = 12 720 000 M.) auszuschütten und folgende Rückstellungen vorzunehmen: Beamtenpensionsfonds 2 Mill. M. (—), für Kriegslagen 1 Mill. M. (—), für Bergschäden 1 Mill. M. (500 000), wohlfahrtszwecke 4 367 000 M. (—), für den Verfügungsfonds 1 Mill. M. (—), für Verstärkung der Kriegsrücklage 4 367 000 M. (—), zur Verstärkung der Kriegsrücklage 4 367 000 M. (—), für den Verfügungsbestand 850 000 M. (1 Mill.), sowie nach Abzug der satzungs- und vertragsmässigen Gewinnanteile von 2 444 457 M. (1 212 212) noch 9 191 064 M. (9 204 326) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Generalversammlung findet am 19. Oktober in Köln statt.

Ein Vergleich der Hauptzahlen mit denen der Vorjahre ergibt folgendes Bild:

	1912/13 M.	1913/14 M.	1914/15 M.	1915/16 M.
Vortrag	6 712 647	8 471 476	9 166 519	9 204 326
Bruttogewinn	42 084 334	36 260 414	28 085 910	46 790 650
Zusammen	48 796 981	44 731 890	37 252 429	55 994 976
Abschreibungen	12 987 848	12 253 962	12 507 291	12 755 667
Extraabschreibungen	3 615 700	677 500	108 600	1 185 787
Ueberschuss	32 193 433	31 700 428	24 636 538	42 052 522
Dividende	18 pCt.	10 pCt.	12 pCt.	20 pCt.
do. in M.	19 080 000	10 600 000	12 720 000	21 200 000
Tantiemen	2 311 957	1 033 908	1 212 212	2 444 457
Kriegsrücklage	—	9 000 000	—	4 367 000

Gewinnzahlen und Dividende sind die höchsten, die je bei der Gesellschaft zu verzeichnen waren.

Dividenden-Vorschläge.

Deutsche Spitzenfabrik Akt.-Ges. in Leipzig wieder 4 pCt. unter Heranziehung des Spezialreservefonds.

Bamberger Mälzerei Akt.-Ges. vorm. I. Bamberger 5 pCt. gegen 4 pCt. i. V.

Jutespinnerei und Weberei Kassel 20 pCt. (i. V. 16).

* An der Börse

vollzog sich heute zum Wochenschluss das Geschäft in fester, aber ruhiger Haltung. Am Montanaktienmarkt trugen namentlich die befriedigenden Abschlussziffern des Phönix zu einer Befestigung bei. Neben den Aktien dieses Unternehmens zogen u. a. die des Bochumer Vereins, aber auch oberschlesische, wie die Aktien der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges., im Kurse an. In Nachfrage standen ferner einzelne Braunkohlenwerte, die Aktien des Eisenwerks Buderus und des Baroper Walzwerks. Gesucht waren ausserdem besonders die Aktien von Pulver- und Waffenfabriken. Automobilaktien brockelten im Kurse ab, auch für Kaliwerte bestand Realisationsneigung. In fester Tendenz verkehrten die Aktien der Schantungeisenbahngesellschaft. Schiffahrtsaktien erzielten teilweise leichte Kursbesserungen. Im Verlaufe des Verkehrs trat auch Begehr für chemische Werte hervor. Heimische 3proz. Anleihen fanden wieder Interesse. Russische Renten gingen zu gestrigen Kursen um, japanische Anleihen fanden weiter Beachtung, da neuerdings die Meldung vorliegt, dass die japanische Regierung die Tilgung einer seinerzeit in Frankreich ausgegebenen Anleihe im Betrage von 91 985 000 Fr. bekanntgibt. Rumänische Renten gaben etwas im Kurse nach.

Gegen Schluss schrumpfte das Geschäft merklich zusammen, die Tendenz blieb aber vorwiegend fest.

Am Geldmarkt stand heute tägliches Geld zu 3½ pCt. Privatdiskont stellte sich unverändert auf 4⅝ pCt. und darunter. — Für fremde Zahlungsmittel wurden folgende amtliche Kurse festgesetzt (in M.):

Telegraphische Auszahlungen		23. 9. Geld	23. 9. Brief	22. 9. Geld	22. 9. Brief
New-York	*Dollar*	5,48	5,50	5,47	5,49
Amsterdam	*Gulden*	226¼	226¾	226¼	226¾
Rotterdam					
Kopenhagen	*Kronen*	156½	157	156½	157
Stockholm	*Kronen*	159	159½	159	159½
Christiania	*Kronen*	158¾	159¼	158¾	159¼
Basel	*Franken*	105⅜	105⅝	105⅜	105⅝
Zürich					
Wien	*Kronen*	68,95	69,05	68,95	69,05
Budapest					
Sofia	*Leva*	79	80	79	80

Rubelnoten waren auch heute begehrt.

*

*** Hannoversche Waggonfabrik Akt.-Ges.** Der Handel in Bezugsrechten (auf 2000 M. alte Aktien kann eine neue Aktie zu 175 pCt. bezogen werden) wird an der Berliner Börse am 25. und 26. cr. durch die Kursmakler vermittelt werden.

× Eschweiler-Ratinger Maschinenbau-Akt.-Ges. Die Generalversammlung setzte die von jetzt ab zahlbare Dividende auf 5 pCt. fest. Ferner wurde eine Satzungsänderung, wonach die Firma in Zukunft lautet: „Eschweiler-Ratinger Metallwerke Akt.-Ges.", ebenfalls genehmigt. Falls durch Untergang des Schiffes oder durch andere Ursachen die Ware ganz oder zum Teil nicht mit dem avisierten Schiff ankommt, ist der Vertrag null und nichtig." Das Holzöl ist in China auf einen deutschen Dampfer verladen worden, der dann nach Kriegsausbruch in Alexandrien mit seiner Ladung von der englischen Regierung für gute Prise erklärt worden ist. Die Werke verlangte nun die Zahlung des Kaufpreises für die Ware mit 5182 M., wogegen die beklagte Käuferin geltend machte, die Gefahr der Be-

*** Cif-Geschäfte und feindliche Beschlagnahme.** Durch Vertrag vom 4. April 1914 kaufte die Firma W. u. Co. in Hamburg von der Firma S. u. Co. dort zehn Tonnen Hankow-Holzöl Cif Hamburg, Abladung April/Mai 1914 von China. Die Schlussnote enthält unter der Ueberschrift „Havarie" folgende Bestimmung:

schlagnahme durch eine feindliche Macht gehe gemäss der oben mitgeteilten Vertragsbestimmung zu Lasten der Klägerin. Das Landgericht und das Oberlandesgericht Hamburg haben die Beklagte zur Zahlung verurteilt. In seinen Entscheidungsgründen führte das Oberlandesgericht aus: Der Auffassung der Beklagten, dass die in der Schlussnote enthaltene Bestimmung „falls durch Untergang des Schiffes oder durch andere Ursachen die Ware nicht ankommt" ..., die Rechtskraft des Vertrages in allen Fällen zur Folge habe, in denen die Ware nicht ankommt, kann nicht beigetreten werden. Schon die fettgedruckte Ueberschrift „Havarie" weist deutlich darauf hin, dass diese Bestimmung nur für den Fall von Seeschäden gelten soll. Auch der Inhalt der Havariebestimmung nötigt keinesfalls, sie über die Havariefälle hinaus auszudehnen. Die Auffassung der Beklagten, dass der Verkäufer in allen Fällen, in denen die Ware nicht ankommt, die Gefahr zu tragen habe, würde auch in Widerspruch stehen mit der Vertragsbestimmung über die Versicherungspflicht. Auch dieser hatte der Verkäufer (die Klägerin) nur gegen Seegefahr zu versichern; die Deckung der Kriegsgefahr war Sache des Käufers (der Beklagten). Ohne Erfolg versuchte es hiergegen die Beklagte mit dem Rechtsmittel der Revision: das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen. (Aktenzeichen: II. 261/16. — Urteil des Reichsgerichts vom 22. September 1916.)

* **Kapitalerhöhung der Anglo-Oesterreichischen Bank** in Wien. Wie aus Wien telegraphiert wird, beruft die Anglo-Oesterreichische Bank eine ausserordentliche Generalversammlung ein, um die Ermächtigung einzuholen, im geeignet erscheinenden Augenblick das Aktienkapital von 100 auf 130 Mill. Kr. zu erhöhen. — Die Bank hatte bereits im Jahre 1914 die Absicht, ihr Kapital von 100 auf 120 Mill. Kr. hinaufzusetzen. Infolge des Kriegsausbruchs unterblieb jedoch die Durchführung der Transaktion. Wenn jetzt die Ermächtigung zur Vermehrung des Kapitals um 30 Mill. Kr. nachgesucht wird, so ist wohl auch diesmal zunächst noch nicht mit der tatsächlichen Erhöhung des Kapitals zu rechnen.

* **London**, 22. September. (Privat-Telegramm.) Die Tendenz der **Börse** war auf allen Marktgebieten als **fest** zu bezeichnen. — **Geld** und **Diskontsätze** waren stetig. Tägliches Geld war zu 4¼ pCt., Wochengeld zu 5 pCt. zu haben, während für Zweimonatswechsel 5½ pCt. und für Dreimonatswechsel 5⅝ pCt. verlangt wurden. — Der **Preis** für **Rohgummi** wurde heute mit **2 sh. 5 d.** notiert. — Es ist die **Errichtung** einer **britischen Handelsbank** geplant, die ein Kapital von 10 Mill. Pfd. Sterl. haben und Handelsfirmen nach Beendigung des Krieges finanziell unterstützen soll.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 21. September.

Abt. A. Hermann G. Meissner, Kastanienallee 73. Inh. ist Hermann Gottlieb Meissner. — Abraham E. Schimmel, Forster Strasse 3. Inh. ist Abraham E. Schimmel. — Julius Schwarz, Kölln am Wasser 5. Inh. ist Josef Schreyer. — Albert Wesemann, Alexanderstr. 14b. Inh. ist Julius Schwarz. — Albert Wesemann, Zentralmarkthalle. Inh. ist Albert Wesemann. — Gebr. Mechnig. Hugo Mechnig †, seine Witwe Helene Mechnig geb. Henker ist eingetreten. Vertretung nur sie allein. — Louis Schück & Co. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Louis Schück. — Stargardt & Laechelin in Liqu. Die Ges. ist aufgelöst. — Liebfrauen-Nährmittel-Fabrik Max Grossmann, Inh. ist jetzt Max Grossmann, seine Prokura ist gelöscht. Prokuristin: Else Grossmann geb. Hallauer.

Abt. B. Mars-Filmgesellschaft m. b. H. Stammk.: 20 000 Mark. Geschäftsf.: Ludwig Falk und Ludwig Rabow. — Koenigsdorff-Jastrzembski Bäder-Betriebs-G. m. b. H. Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Wilhelm Müller. — Krausenstrasse 29 zu Berlin G. m. b. H. Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Salomon Fritz Goldmann.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

* **Berliner Konkurse.** Vergleichstermin findet statt im Konkurs des Kfms. Isaak Schlesinger in Firma Schlesinger & Co. in Berlin, Holzmarktstr. 55, am 12. Oktober, 10 Uhr, beim Amtsgericht Berlin-Mitte. — Im Konkurs des Architekten Arthur Schuhknecht in Berlin-Mariendorf, Schützenstr. 14, ist der allgemeine Prüfungstermin vom Amtsgericht Berlin-Tempelhof auf den 20. Oktober, 11½ Uhr, verlegt.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

* **An den gestrigen amerikanischen Börsen** war die Tendenz in New-York für Weizen fest. Hard-Winterweizen Nr. 2 wurde mit 163½ c. notiert gegen 160 c. am 21. September. — Der Getreidefracht nach Liverpool sank um 1 c. auf 11 c. — Der Kurs für Schmalz sank von 15.17½ auf 15.15. Baumwolle loko bedang 16.05 (16.15). Dezemberlieferung stellte sich auf 16.02 (16.14). — In Chicago stieg Weizen per September von 140⅞ auf 159¼.

* **New-York**, 22. September. (Spezial-Kabeltelegramm.) Auch heute bewegte sich der Verkehr an der Effektenbörse wieder in sehr lebhaften Bahnen, so dass die Umsätze sich auf **1 530 000 Aktien** bezifferten. Die Börse schloss in sehr **fester** Haltung zu den höchsten Tageskursen.

New-York, 22. September. (Privat-Kabeltelegramm.)

	22. 9. behpt.	21. 9. behpt.
Tendenz f. Geld	2½	2½
Geld a. 24 Stunden	2½	2½
Geld a. 24 Stund. f. D.	3½	3
Wechs. a. Berl. sicht	70⅛	70¼
do. Paris (Sicht)	5.89⅝	5.8925
do. Lond. (60 Tg.)	4.7150	4.7150
Cable Transfers	4.7645	4.7650
Silber Bullion	68⅛	68⅜
North. Pacific 3% Bds.	90	90
San Franc. 4% Bds.	—	78
San Franc. 5% Bds.	—	79
South. Pacific 4% Bds.	—	87¾
Atchison Top. u. St. Fé	105½	104⅝
Baltimore u. Ohio	83½	83½
Canadian Pacific	178⅛	177½
Chesapeake u. Ohio	69¼	69⅝
Chicago, Milwaukee	96	95¼
Denver u. Rio Grande	15	15
Erie	39⅛	38⅞
Erie 1st prf.	59⅛	59¾
Great Northern pref.	118⅛	119⅜
do. Ore Certif.	43⅞	46¼
Illinois Central	102⅜	102⅝
Interborough Consol.	17	17⅛
Lehigh Valley	81	80⅞
Louisville u. Nashv.	130	129
Missouri, Kans. u. Tex.	4¼	4
Missouri, Kans. u. Tex. pref.	7⅛	7 B
Nat. Railw. Mexiko pr.	4¼	4⅛
Missouri Pacific	108¼	107
N.-Y. Hudson River	26½	27
N.-Y. Ontario West.		

*) exklusive.

	22. 9.	21. 9.
Norfolk u. Western	131	130⅞
Northern Pacific	112	111⅝
Pennsylvania	57½	57½
Reading	112	111⅞
Chic. R. Isl. Pac. Railw.	18	18⅛
Southern Pacific	101	101
do. Railway	24¾	24⅝
do. do. pref.	68	68¼
Union Pacific	147½	147⅜
do. do. pref.	82½	82⅞
Wabash pref.	51⅞	50¾
Western Maryland	—	29
American Can	63⅝	63½
Amer. Car u. Foundry	67½	67
American Locomotive	—	78¾
Americ. Smelting Ref.	110¾	110
American Sugar Ref.	—	111¼
Anac. Copper Mining	96⅜	94⅞
Bethlehem Steel	555	545 B
Central Leather	69	67
Consolidated Gas	138	137½
General Electric	174	174¼
Internat. Harvester	—	117
Intern. Mercant. Mar. com.	45⅝	45½
Intern. Mercant. Mar. pref.	118½	120
National Lead	73½	72¾
Republ. Iron u. Steel	—	68⅜
Unit. Stat. Steel Corp.	113⅜	109⅝
do. do. pref.	121¾	121
Utah Copper	92	90⅝
Virg. Carolina Chem.	—	45⅞

New-York, 19. September. Wie das Fachblatt „Modern Miller" in seinem Wochenbericht schreibt, hat das Pflügen in den Winterweizenstaaten rasche Fortschritte gemacht, doch war gute Saat nicht überall erhältlich. Die gegenwärtigen Anzeigen deuten auf einen Stand des Anbaus hin, der stark hinter den gewöhnlichen Verhältnissen zurückgeblieben ist. Wagenmangel macht sich in der Marktbewegung des Getreides in hemmender Weise bemerkbar.

Wochen-Spielplan deutscher Bühnen.

Nachdruck verboten

Spielplan von Sonntag, den 24. September bis Montag, den 2. Oktober.

Königliches Opernhaus. Sonntag: Mignon. Montag: Tannhäuser. Dienstag und Sonnabend: Die verkaufte Braut. Mittwoch: Die Afrikanerin. Donnerstag: Carmen. Freitag: Der Rosencavalier. Nächsten Sonntag: Die Meistersinger. Nächsten Montag: Rigoletto.

Königliches Schauspielhaus. Sonntag, Donnerstag und Sonnabend: Egmont. Montag: Der Widerspenstigen Zähmung. Dienstag: Peer Gynt. Mittwoch: Die Rabensteinerin. Freitag: Die Zwillingsschwester. Sonntag: Die Journalisten. Montag: Der Raub der Sabinerinnen.

Deutsches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und nächsten Sonntag: Rose Bernd. Dienstag: Faust I. Nächsten Montag: College Crampton. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Der Biberpelz.

Kammerspiele. Sonntag: Der eingebildete Kranke. Montag, Mittwoch, Donnerstag und nächsten Montag: Hedda Gabler. Dienstag: Der Weibsteufel. Freitag E. Sonnabend und nächsten Sonntag: Jonathans Töchter. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Wetterleuchten.

Lessing-Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, nächsten Sonntag und Montag: Die beiden Klingsberg. Dienstag: Die Wildente. Freitag: Peer Gynt. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Die gutgeschnittene Ecke.

Theater in der Königgrätzer Strasse. Sonntag, Montag, Donnerstag, Sonnabend und nächsten Sonntag: Kameraden. Dienstag und nächsten Montag: Der Vater. Mittwoch und Freitag: Ein Traumspiel. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Maria Stuart.

Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich: Der Jüngling mit den Ellenbogen. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Schwarzer Peter.

Kleines Theater. Sonntag, Montag, Dienstag: Freitag und nächsten Sonntag: Lottchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elsler. Paul und Paula. Mittwoch N. Donnerstag, Sonnabend und nächsten Montag: Bellinde. Diesen Sonntag nachm.: Henriette Jacoby. Nächsten Sonntag nachm.: Jettchen Geberl.

Komödienhaus. Allabendlich: Der siebente Tag. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Filmzauber.

Berliner Theater. Allabendlich: Auf Flügeln des Gesanges. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Wenn zwei Hochzeit machen.

Volksbühne (Theater am Bülowplatz). Sonntag: Meister Olaf. Montag bis Donnerstag und nächsten Montag: Das Wintermärchen. Freitag, Sonnabend und nächsten Sonntag: Meister Olaf. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Kabale und Liebe.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg. Sonntag, Donnerstag und nächsten Montag: Don Juan. Montag: Tannhäuser. Dienstag: Carmen. Mittwoch: Boccaccio. Freitag: Die Walküre. Sonnabend: Martha. Sonntag: Mignon. Diesen Sonntag nachm.: Hoffmanns Erzählungen, nächsten Sonntag nachm.: Die Fledermaus.

Schiller-Theater O. Diesen und nächsten Sonntag: Alt-Heidelberg. Montag, Mittwoch und Freitag: Kater Lampe. Dienstag und Sonnabend: Das grobe Hemd. Donnerstag: Halbe Pichter. Montag: Die Frau vom Meere. Diesen und nächsten Montag nachm.: Sabitzi und Gertrud.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und nächsten Montag: Gigabe und Reimat. Montag und Mittwoch: Das grobe Hemd. Freitag E und Sonntag: Der Herr Senator. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Die gelbe Nachtigall.

Metropol-Theater. Allabendlich: Die Csárdásfürstin. Diesen Sonntag nachm.: Die Kaiserin.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Allabendlich: Villa Pschesina. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Die Ehre.

Theater des Westens. Allabendlich: Das Fräulein vom Amt. Dienstag, Mittwoch und nächsten Sonntag nachm.: Das Fräulein vom Amt. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Der Königsleutnant. Donnerstag und Sonnabend nachm.: Der Königsleutnant.

Neues Operettenhaus. Allabendlich: Der Soldat der Marie. Nächsten Sonntag nachm.: Der Vogelhändler.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Allabendlich: Das Dreimäderlhaus. Diesen Sonntag nachm.: Rigoletto. Nächsten Sonntag nachm.: Figaros Hochzeit.

Residenz-Theater. Sonntag bis Freitag: Frieden im Krieg. Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Mandarin.

Lustspielhaus. Allabendlich: Der selige Baldrin. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Pension Schöller. Nächsten Sonnabend nachm.: Kabale und Liebe.

Komische Oper. Allabendlich: Die schöne Kubanerin. Diesen Sonntag nachm.: Das Glückskind. Nächsten Sonntag nachm.: Reimat.

Tribüne-Theater. Allabendlich: Der Himmel auf Erden. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Jugend.

Thalia-Theater. Allabendlich: Blondinchen. Diesen und nächsten Sonntag nachm.: Kai und Hans.

Theater am Hollendorfplatz. Allabendlich: Blaue Jungens. Diesen Sonntag nachm.: Lohengrin.

Stadt	Bühne	Sonntag 24.	Montag 25.	Dienstag 26.	Mittwoch 27.	Donnerstag 28	Freitag 29.	Sonnabend 30.	Sonntag 1.	Montag 2.
Hannover	Königliches Theater	Nm. Vorm. Peer Gyn Ab.: Die Fledermaus	Peer Gynt	Martha	Weissensees Lager Piccolomini	Barbier von Bagdad Faust 1 Brem Ratsk	Die verkaufte Braut	Nm.: Wilhelm Tell Ab. Der Troubadour	Die Meistersinger von Nürnberg	Kyritz-Pyritz
Kassel	Königl. Schauspiele	7 Uhr: N Rienzi	7 Uhr: Egmont	7½ Uhr: N Die Hansenlerche	7 Uhr: Rienzi	7½ Uhr La Traviata	7½ Uhr Zwei glückliche Tage	7½ Uhr Hoffmanns Erzählung	7 Uhr: Die Rabensteinerin	7 Uhr: Rienzi
Leipzig	Schauspielhaus	N. GA. Franck H. wilk Ab.: Am Teetisch	Das Friedensfest	Edelwild	Am Teetisch	Edelwild	Das Friedensfest	Am Teetisch	Nm. U Pfarr. v. Kirchf. Ab.: Jakko. i. Leipzig	Edelwild
Wiesbaden	Kgl. Schauspiele	7 Uhr: Peleghist	7 Uhr: Der Strom	7 Uhr: Die Jüdin	7 Uhr: Der Troubadour	7 Uhr: Tiefland	7 Uhr: Im weissen Rössl	7 Uhr: M Das Dreimäderlhaus	4½ Uhr: S P. Kesslers Tanzbasse	7 Uhr Onkel Bernhard

Asbach „Uralt"

Alter deutscher Cognac

Rüdesheim am Rhein

KNAUTH, NACHOD & KÜHNE
Bankgeschäft LEIPZIG

Wir verlegen unsere
Wechselstube C
am 24. September
von Königstrasse 35
nach Königstrasse 42.
Neue Telefon-Nummern: Zentrum 118028, 118029.
Dresdner Bank.

Bei Kopfschmerz Hofapotheker Otto's Migrovanille ärztlich bevorzugt. Unübertroffen in sein. raschen u. vorzüglicher Wirkung. — Erhältlich in Apotheken. D.-R.-P. 284 681

Zu kaufen gesucht
Oelgemälde folg. Meister: Hans Gade, J.C. Dahl, Askevold, Thanlow, Munche, Manch, Litjefors, Hammershoi, Tilemand, Zorn sow. Gemälde gut. namh. deutsch. Künstl. prg. sof. Kasse v.
Kunstsalon Rheinland, Berlin, Unter den Linden 27. (neben Café Bauer). * Fernspr. Zentrum 8940.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden
(ohne Quecksilb., ohne Einspritzg.).
Blut-, Urinuntersuchungen.
Ehrlich-Hata-Kuren
ohne schädliche Nebenwirkungen.
Ambulatorium für Spezialarzt Dr. med. Thiequon's Biochemisches Heilverfahren.
Aerztlicher Leiter: Spezialarzt Dr. med. Hollaender.
BERLIN W 8, Leipziger Strasse 108.
Tägl. 11—1, 5—7, ausserdem Dienstags u. Freitags 5—8, Sonntags 11—

Prof. Ehrlich's
geniale Errungenschaft für
Syphilitiker.
Aufkl. Broschr. 55 über rasche u. gründl. Heilung von Unterleibsleiden ohne Berufsstörung, ohne Rückfall. Diskret versch. M. 1,2

Geöffnet Packpapier, Rest. v. 50 Kg. 1 mtr. br., off. 92. 21 bis 22—à 50 Kg. Prob. orat. L. Friedrich, Glauchau, Schlachth.-Str. 24.

Misch-, Knet-, Sieb-, Reib- u. Zerkleinerungsmaschinen. Georg Daub, Berlin, Dirschauerstr. 10.

3920 Lose. 3920 Gewinne.
Ziehung 1. Oktober.
1 in der Serie gegenwer Gothaer Prämien-Pfandbrief II. Hauptgewinn
150 000 Mk.
kleinster Treffer 300 M., habe für 550 Mark billigst eingetroffen.
F. M. Baumann, Oberamtsrichter i. R. *

Herings-Auktion.
Am Donnerstag, den 28. September cr., vormittags 10½ Uhr, werde ich auf dem Lager der Firma Theod. Helm. Schröder, Stettin, Freihausbollwerk,
THS 81 To.
Schneideheringe
für Rechnung dessen, den es angeht, öffentlich an den Meistbietenden gegen Barzahlung verkaufen.
Emil Pietzke, Stettin.
Beeidigter Makler für Heringe.

Rola-Waschpulver Seifen-Ersatz
erstkl. Qualität. Verl. Sie Offerte — Vertreter gesucht.
S. Samolinski, Berlin W. 57, Winterfeldtstr. 26.

Soeben erschien
Hygiene der Ehe
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Ueber d. Frauen-Organe. Körperliche Ehetauglichkeit u. Unzulänglichkeit. Geschl.- u. Sittl.-Pflichtgkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! etc. — Enthaltsamkeit u. Ausschweifungen vor d. Ehe. Ehelliche Pflichten. Keuschheit od. Polygamie? Hindernisse der Liebe. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung u. Ansteckungsschutz etc. — Körperliche Leiden der Ehe. Ursachen u. Heilung der weiblich. Gefühlskälte. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Neurasthenie u. hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann u. Frau. Besorg. geg. Einsendg. v. M. 2.— (auch in Scheinen) franco. od. Nachn. Medizin. Verlag Dr. V. Schweizer & Co., Berlin NW 87a, Repkowstr.

HERZOG ERNST AUGUST
CONSTANTIN-CIGARETTE